



ARBEITSKREIS  
LERNEN UND  
HELFEN IN  
ÜBERSEE E.V.

40 Jahre Arbeitskreis

»Lernen und Helfen

in Übersee«

Eine Dokumentation

## Inhalt

### Einleitung 2

»Grußwort« des  
Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung durch  
**Herrn Erich Stather** 4

»Ansprache« des Vorsitzenden  
des Arbeitskreises,  
**Herr Eckehard Fricke** 7

»Die Funktionen des  
Arbeitskreises in seinen  
ersten zwei Jahrzehnten«  
**von Herrn Bastian Hein** 11

»Die Begleitung der  
personellen Entwicklungs-  
zusammenarbeit durch  
den Arbeitskreis«  
**von Herrn Dr. Manfred Kulesa** 20

»Lehren aus der  
Vergangenheit«  
**von Herrn Dr. Dieter Dankwort** 28

**Herausgeber:**  
**Arbeitskreis »Lernen und Helfen  
in Übersee« e.V.**  
Thomas-Mann-Straße 52  
53111 Bonn  
Telefon: (0228) 9 08 99-10  
Telefax (0228) 9 08 99-11  
Email: [aklhue@entwicklungsdienst.de](mailto:aklhue@entwicklungsdienst.de)  
Internet: [www.entwicklungsdienst.de](http://www.entwicklungsdienst.de)



## 2 Einleitung

### 40 Jahre Netzwerk für internationale Freiwilligen- und Entwicklungsdienste

Vor etwas mehr als 40 Jahren kamen am Ende einer Tagung die Geschäftsführer der führenden entwicklungspolitischen Organisationen in der Villa Borsig in Berlin zusammen und gründeten den »Gesprächskreis Entwicklungshelfer«. Den damaligen Vertreter von entwicklungspolitischen Organisation wie der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem deutschen Bundesjugendring, dem katholischen und evangelischen Entwicklungsdienst, der Carl Duisberg Gesellschaft und anderen gelang es, sowohl weitere Dachorganisationen zu binden als auch Wirtschaftsverbände für das Anliegen der internationalen personellen Zusammenarbeit zu gewinnen. Von Beginn an wurden die Politikbereiche Entwicklungspolitik, Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Jugend- und Sozialpolitik, Gesellschaftspolitik (über die politischen Stiftungen) und die auswärtigen Kulturbeziehungen unter einem Leitgedanken des umfassenden Jugend- und Entwicklungsdienstes vernetzt. Schon kurze Zeit später konnten die Mitglieder des Gesprächskreises Einfluss auf die Bundespolitik nehmen und entscheidend zur Gründung des Deutschen Entwicklungsdienstes beitragen. Mit der Gründung des ded im Jahre 1963 nahm der mittlerweile aus dem Gesprächskreis entstandene Entwicklungsdienst »Lernen und Helfen in Übersee« seinen heutigen Namen Arbeitskreis »Lernen und Helfen in Übersee« an. Das erste große deutsche Netzwerk im entwicklungspolitischen Bereich.

Damals wie heute bilden die Langzeitdienste (internationale Freiwilligeneinsätze von mehr als einem Jahr) den Kern des Arbeitskreises. Als privater Mitgesellschafter des Deutschen Entwicklungsdienstes lässt der AK LHÜ seine Vertretung im Verwaltungsrat durch die Mitglieder des als Arbeitsgruppe gegründeten »Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste« (AGdD) ausüben. Der Auf-

trag des Arbeitskreises den DED politisch und inhaltlich zu begleiten wird somit durch die ihm angeschlossene Entwicklungsdienste wahrgenommen.

Durch den ständigen Austausch mit den Mitgliedern aus dem entwicklungspolitischen Umfeld (Konrad-Adenauer-Stiftung, Deutscher Volkshochschul-Verband, World University Service, In-Went, Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland, care, Deutscher Freiwilligendienst in Übersee, Arbeitskreis Entwicklungspolitik), Dachorganisationen (Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Arbeitsgemeinschaft privater Entwicklungsdienste) und Träger aus dem Bereich der internationalen Freiwilligendienste die Kurzzeiteinsätze anbieten (wie Internationaler Jugend- und Gemeinschaftsdienste, Arbeiterwohlfahrt, Service Civil International, Internationaler Christlicher Jugendaustausch, das Kolpingwerk) und nicht zuletzt dem Senior Experten Service kann der Arbeitskreis bundesweit werbend, beratend und koordinierend tätig werden.

Da sich der Personaleinsatz von interkulturell interessierten Freiwilligen und Fachkräften in den Entwicklungsländern noch nicht überholt hat, hat das Geburtstagskind Arbeitskreis »Lernen und Helfen in Übersee« Wünsche für die Zukunft. So gilt es die Finanzkraft des Arbeitskreises und die Geschäftsstelle zu stärken, politischen Gestaltungsspielraum zu erkennen und innovativ zu nutzen, inhaltliche Herausforderungen zu begegnen und daran zu wachsen. Zu all dem Wunsch sich der Arbeitskreis die Stärken der in ihr versammelten Mitglieder auch zukünftig nutzen zu können.



#### 4 **Grußwort der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wieczorek-Zeul anlässlich des 40-jährigen Jubiläums**

Vorgetragen: STAATSSSEKRETÄR ERICH STATHER

*Sehr geehrter Herr Fricke, Vorsitzender des Arbeitskreises  
»Lernen und Helfen in Übersee«, sehr geehrter Herr Euler,  
Geschäftsführer des AK LHÜ, sehr geehrte Damen und  
Herren, liebe Gäste dieser Veranstaltung,*

ich freue mich sehr, Ihnen heute zum 40-jährigen Bestehen des Arbeitskreises »Lernen und Helfen in Übersee« gratulieren zu können.

Menschen und ihr Wissen und ihre Fähigkeiten zu fördern – das ist einer der zentralen Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit. Ein besonderes Instrumentarium dazu liefert die technische Zusammenarbeit in Form der Personalentsendung. Hierbei leisten insbesondere Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer als Fachkräfte basisnahe Unterstützung in Bereichen, in denen ihr spezielles Fachwissen im Partnerland nicht verfügbar wäre. Weit über tausend Frauen und Männer sind jedes Jahr als Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer im Einsatz. Sie sind dabei besonders häufig in Gebieten tätig, in denen sehr schwierige Lebensbedingungen herrschen, und arbeiten mit Menschen vor Ort zusammen, um einen Beitrag zu selbsthilfeorientierten Lösungen bei der Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Menschen zu leisten.

Die Entwicklungshelferinnen und -helfer tragen heute zudem zu einer aktiven Friedenspolitik bei. Dabei hat sich die Personalentsendung über die Jahre ebenso geändert wie die Situation in den Entwicklungsländern. Dort herrscht heute in vielen Bereichen kein Mangel an Fachkräften mehr, vielfach fehlt es jedoch an anwendungsorientiertem Wissen, Management- und Planungsfähigkeiten. Weltweite Wandlungsprozesse erfordern auch hier bedarfsgerechte Anpassungen.

Damit haben sich auch der Anspruch und die Anforderungen an Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer erhöht. Dies wird auch am gestiegenen Durchschnittsalter der Fachkräfte deutlich, das zur Zeit bei etwa 40 Jahren liegt, um den Anforderungen an langjährige Berufserfahrung und komplexe Ausbildungen genügen zu können.

Menschen zu informieren und dafür zu gewinnen, sich für einen Entwicklungsdienst zu entscheiden, ist die Hauptaufgabe des Arbeitskreises. Er ist häufig die erste Anlaufstelle für Interessierte, die sich im Ausland engagieren wollen. Ihm kommt daher eine wichtige Rolle zu, ob Menschen sich für einen derartigen Dienst entscheiden und auf eine neue Herausforderung einlassen.

Der Arbeitskreis vermag darüber hinaus durch seine ressortübergreifende Beratungstätigkeit auch gleichermaßen auf Freiwilligendienste hinweisen. Er bestärkt häufig gerade junge Menschen und Berufsanfänger in ihrem sozialen und entwicklungspolitischen Engagement.

Denn auch Tausende von Freiwilligen machen durch ihren hohen persönlichen Einsatz im Sinne des Geistes der Völkerverständigung die internationale Solidarität deutlich. Sie tragen durch ihr unermüdliches Engagement dem Verständlichwerden der »Einen Welt« bei und werben für das Verständnis der Probleme der Entwicklungsländer. Manch' Entwicklungshelferin oder Entwicklungshelfer hat über einen Freiwilligendienst sein Engagement begonnen.

Die Beratung von ca. 6.000 Interessierten jährlich zu Einsatzmöglichkeiten im Entwicklungs- oder Freiwilligendienst stellt hier eine beispielhafte Leistung dar.

Zudem bringt er als Mitgesellschafter des DED seine Erfahrungen und Anregungen als Gemeinschaft der gesellschaftlichen Kräfte, die mit der Entsendung von Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern befasst sind, ein. Dem Arbeitskreis kam bereits als einer der »Geburtshelfer« des DED große Bedeutung zu, indem er dazu beitrug, die Reserviertheit der damaligen Bundesregierung gegenüber Jugenddiensten in Entwicklungsländern zu überwinden.

Das BMZ fördert die seit 1962 durchgeführte breite Palette an Aktivitäten des Arbeitskreises, insbesondere in den Bereichen



- 6 Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Vernetzung und schätzt ihn als Mitgesellschafter des DED.

Die Arbeit der Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Bemühungen um Gerechtigkeit und die Erhaltung des Friedens in der Welt. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, allen Beteiligten an dieser Stelle für ihre bisher geleistete wertvolle Arbeit meinen Dank auszusprechen und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg.

## Ansprache des Vorsitzenden zum 40jährigen Jubiläum

Von ECKEHARD FRICKE

*Sehr geehrter Herr Staatssekretär,  
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und  
Freunde vom Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee,*

im Namen des Vorstandes des Arbeitskreises Lernen und Helfen in Übersee möchte ich Sie herzlich zu unserer Jubiläumsfeier begrüßen. Ich freue mich, dass Sie in so großer Zahl heute hier erschienen sind und mit uns gemeinsam einen Rückblick auf unsere vergangenen 40 Jahre nehmen und auch einen Ausblick auf die Vorstellungen unserer Zukunft machen möchten.

Bei den Entwicklungsdiensten gibt es zwei Extrempositionen, woran man einen guten Entwicklungshelfer erkennt: Die einen sind der Meinung, dass er die Ärmel aufkrepeln soll, um dann tatkräftig zuzupacken und sein Projekt voranzubringen. Am Schluss steht dann das fertige Projekt und kann an den Partner übergeben werden. Die anderen glauben, dass ein guter Entwicklungshelfer im Zweifelsfall besser nichts tut, dann hat er wenigstens keinen Schaden angerichtet, gleichzeitig aber noch etwas gelernt, was für uns nützlich ist. Es ist ganz offensichtlich, dass mit diesen Extrempositionen zwar vielleicht ein Blumentopf zu gewinnen, aber kaum sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit zu leisten ist. Sie markieren deshalb auch nur zwei Kategorien, die jedoch vor 40 Jahren als zentrale für diese Arbeit gehalten wurden und sich auch als solche erwiesen haben: Es geht um das Lernen und das Helfen. Ich will diese Kategorien in ihrer Bedeutung hier nicht weiter entfalten. Da möchte ich Herrn Dr. Kulesa nicht vorgreifen. Ich möchte hier nur feststellen: Die Gründer des Arbeitskreises hatten mit der Wahl dieses Namens Weitblick bewiesen. Er bietet immer wieder Stoff für fruchtbare Kontroversen und konzeptionelle Weiterentwicklungen des Entwicklungsdienstes.



**8** Für diejenigen, die uns nicht so gut kennen, möchte ich kurz umreißen, zu welchem Zweck sich die 27 Organisationen und etwa ein Dutzend fördernde Mitglieder im AK LHÜ zusammengefunden haben: Wir sind heute ein Forum zur öffentlichen Diskussion aller Fragen des Freiwilligen- und Entwicklungsdienstes. Der Arbeitskreis vernetzt Jugendgemeinschafts- und Freiwilligendienste, Entwicklungsdienste, Organisationen der außerschulischen Jugend- und Bildungsarbeit sowie weitere mit Fragen der personellen Entwicklungszusammenarbeit befasste Institutionen. Die besonderen Aufgabengebiete sind

- die Beratung zum sozial motivierten Arbeitseinsatz im Ausland,
- die Mitträgerschaft des Deutschen Entwicklungsdienstes und
- die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Gründungsimpuls kam 1963 – Herr Hein wird uns dazu noch berichten – aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, um den DED zu einer Organisation der Bundesrepublik Deutschland und nicht nur der jeweiligen Bundesregierung zu machen. Diese spezifische Konstruktion des DED, auf die später noch weiter eingegangen wird, ist eine seiner Besonderheiten, die ihn von anderen Organisationen im sogenannten Vorfeld des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterscheidet. Wir sind weiterhin bereit, uns auch in Zukunft für den DED zu engagieren und diese erfolgreiche public-private partnership fortzusetzen.

In der personellen Entwicklungszusammenarbeit kann das Paradigma der früheren Zeit vom Entwicklungshelfer, der sich selbst überflüssig macht, inzwischen als überholt gelten. Es geht um die dauerhafte Gestaltung der zukünftigen Zusammenarbeit. Dabei sehen wir den Entwicklungsdienst nur als einen sehr spezifischen Fall der Zusammenarbeit zwischen Partnern im Süden und im Norden. Das Spektrum reicht von den Workcamps und Studienaufenthalten über längerfristige Freiwilligendienste bis hin zum professionellen Einsatz.

Wir stellen auch in unserer Gesellschaft einen enormen Bedarf an internationaler Erfahrung fest, der sich leider nicht immer

in der Wertschätzung widerspiegelt, die ihr von Personalabteilungen in Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen entgegengebracht wird. Junge Menschen haben dies in Deutschland längst erkannt. Die Nachfrage nach Auslandsdiensten ist riesig und sie kann durch das gegenwärtige Angebot an Praktika, Studienaufenthalten und längerfristigen Freiwilligendiensten kaum gedeckt werden. Hier besteht ein deutlicher Nachholbedarf.

Zusammenarbeit muss in beide Richtungen funktionieren. Wir müssen dazu in der EU und speziell auch in Deutschland unser Verhältnis zu Menschen aus anderen Kontinenten weiter verändern. Wir müssen ihre Anwesenheit als Bereicherung und als Chance begreifen, nicht als Belastung. Auch unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten gibt es in jüngster Zeit Hinweise, bei den Menschen aus Entwicklungsländern, die sich hier bei uns aufhalten, statt von »brain drain« besser »brain gain« zu sprechen. Das erfordert aber eine viel höhere Akzeptanz und ihre bessere Integration in unsere Gesellschaft. Entwicklungspolitik hat hier auch Auswirkungen auf andere Politikebenen.

Ich möchte meine Begrüßung nun aber nicht zu lang geraten lassen. Meine Aufgabe ist es heute, Ihnen Dank zu sagen, dass Sie gekommen sind. Ich möchte mich auch bedanken bei der Konrad-Adenauer-Stiftung und persönlich bei Frau Dr. Piepensneider, die uns hier die Gastfreundschaft gewährt. Mein Dank geht dann an die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Sie, Herr Staatssekretär Stather, heute hier vertreten. Wir haben beim BMZ – trotz gelegentlicher Kontroversen, die in der Natur der Sache liegen – immer ein offenes Ohr und ein faires Gegenüber gefunden. Wir danken Ihnen auch für die finanzielle Unterstützung, ohne die wir unsere Aufgaben schwerlich erledigen könnten. Ich freue mich, dass Herr Hein vom Institut für Zeitgeschichte den Arbeitskreis als Gegenstand seiner Forschung gewählt hat und uns heute an ersten Ergebnissen teilhaben lassen will. Mein Dank gilt weiterhin Herrn Dr. Kulessa. Sie könnten als einer der ersten Geschäftsführer des DED, dem privaten Gesellschafter waren Sie dabei besonders verbunden, uns sicherlich auch einiges zur Geschichte beitragen. Heute werden Sie jedoch mehr einen



**10** Blick auf die Person als letztlich entscheidenden Faktor in der Entwicklungszusammenarbeit und damit auch auf den konzeptionellen Hintergrund des AKLHÜ werfen. Dann bin ich besonders gespannt auf unseren Gast aus Zimbabwe, Frau Virginia Mukweshwa, die uns einen anderen, emotionalen Zugang zu ihrer Kultur bieten wird. Ihre kreative Bandbreite ist groß, von traditioneller Mbira-Musik bis zum Jiti, einer Art ländlichem Rock, den Sie auf Ihre Weise interpretieren. Eine Kostprobe haben wir bereits bekommen. Ich weiß nicht, was Sie uns weiter hier vorstellen werden, ich bin aber überzeugt, dass Sie unsere Sinne besonders ansprechen werden. Herzlichen Dank dafür! Schließlich möchte ich auch unserem Geschäftsführer Herrn Euler und unseren beiden Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle herzlich danken. Sie haben unsere Veranstaltung hier vorbereitet und Ihr Engagement und Ihre Kompetenz sind die Grundlage für die Qualität unserer Arbeit.

Der Mbira-Stil von Virginia Mukweshwa heißt »Sunungukai«: »Musik, bei der ein Stein vom Herzen fällt«. Ich weiß, dass auch mir ein Stein vom Herzen fallen wird, wenn wir heute am Ende dieses Nachmittags sagen können, dass wir eine zu Herzen gehende Veranstaltung hatten, die uns die Erfahrungen der Vergangenheit neu erschlossen und einen herausfordernden wie ermutigenden Blick auf die Zukunft gegeben hat. In diesem Sinne wünsche ich uns heute nachmittag eine gute Zeit.

## »Die Funktionen des Arbeitskreises in seinen ersten zwei Jahrzehnten«

VON BASTIAN HEIN

*Sehr geehrte Damen und Herren!*

Vierzig Jahre gibt es den Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee schon. Und er gibt mit seiner wechselvollen Geschichte, der breit gefächerten Mitgliedschaft und den so verschiedenen Personen, die in ihm agierten, kein ganz leicht zu fassendes Sujet ab. Selbst wenn man sich wie ich auf die Erforschung der sechziger und siebziger Jahre beschränkt, blieben einem bei einer gestrengen Zeitvorgabe von zwanzig Minuten gerade einmal sechzig Sekunden für jedes Jahr.

Im Folgenden will ich mich daher auf zwei Fragen beschränken. Erstens: Wann genau wurde der AK LHÜ eigentlich gegründet und unter welchen Zeitumständen? Zweitens: Welche Aufgaben wuchsen ihm in den ersten knapp zwanzig Jahren seines Bestehens zu und wie füllte er sie aus? Bei meiner Antwort auf die zweite Frage unterscheide ich zwischen drei Funktionen des Arbeitskreises: Erstens dem AK LHÜ als Ort der Sammlung und Abstimmung aller gesellschaftlichen Kräfte der Bundesrepublik, die sich der Aufgabe der freiwilligen personellen Entwicklungshilfe verschrieben hatten. Zweitens dem AK LHÜ als Träger des DED. Und drittens dem, was ich in Ermangelung eines besseren Begriffs zunächst nur den »AK LHÜ plus« nennen möchte – dem Arbeitskreis als einer Art Think Tank und Laboratorium für Versuche, die Bundesrepublik zu einem weltoffeneren und damit auch der Dritten Welt gegenüber aufgeschlosseneren Ort zu machen.

Rein formal wurde der Arbeitskreis im Juni 1963 parallel zur Gründung des Deutschen Entwicklungsdienstes konstituiert. Mit der Entscheidung, dem DED die Form einer GmbH und nicht die eines Vereins zu geben, wurde aus dem »Entwicklungsdienst Lernen und Helfen in Übersee« e.V. der »Arbeitskreis Lernen und Helfen in



**12** Übersee« e.V. Ende August, Anfang September 1963 wurde die vom DED getrennte Geschäftsstelle des Arbeitskreises eingerichtet. Als Fazit dieser Oberflächenanalyse kann ich Sie also zunächst einmal beruhigen: Sie sind weder zu früh noch zu spät zum Gratulieren erschienen.

Nun zu einigen kurzen Bemerkungen zur historischen Situation der Bundesrepublik eingangs der sechziger Jahre und zur Entstehung der westdeutschen Entwicklungspolitik in dieser Zeit: Die ungeheure materielle Not der Nachkriegszeit hatten die Westdeutschen mit dem Wirtschaftswunder hinter sich gelassen. Durch ihre Bereitschaft, sich in der NATO und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fest in das westliche Bündnis des Kalten Kriegs zu integrieren und deutschen Sonderwegen ein für alle Mal abzuschwören, hatte die Bonner Republik ihre Souveränität bereits weitgehend zurückerlangt. Allerdings wurde mit dem Mauerbau 1961 zunehmend deutlich, dass die deutsche Wiedervereinigung zumindest kurzfristig nicht zu erreichen sein würde.

Nach zahlreichen Einzelansätzen in den 1950er Jahren begannen sich sowohl Staat als auch Gesellschaft der Bundesrepublik verstärkt der Dritten Welt zuzuwenden. Ab 1959 rollte eine »Gründungswelle« entwicklungspolitischer Organisationen durch Westdeutschland – genannt seien hier so verschiedene wie Miserior, Brot für die Welt und die Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer 1959, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1961, das Institut für internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung 1962 oder das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik 1964. Die meisten von Ihnen werden in den letzten Jahren bei der einen oder anderen Jubiläumsfeier zu Gast gewesen sein.

Ähnliche Aufbruchsbewegungen weg von vereinzelt Entwicklungshilfen, hin zu systematischer Entwicklungspolitik lassen sich zur gleichen Zeit auch in anderen Ländern und im internationalen Rahmen feststellen. 1960 rief die Vollversammlung der Vereinten Nationen die »Entwicklungsdekade« aus – das es nur die erste sein würde, war da noch nicht klar. 1961 versuchte sich die neue Kennedy-Administration mit dem Foreign Assistance Act, dem Peace Corps und der Allianz für den Fortschritt von der viel kritisierten Auslandshilfe unter Truman und Eisenhower abzusetzen.

**13** Kennzeichnend für die erste »naive Phase« der westdeutschen Entwicklungspolitik war, wie viele verschiedene Motive unter dem Dach der neuen Aufgabe Platz fanden, ohne dass ein Widerspruch zwischen ihnen empfunden worden wäre. Zumindest wurden derartige Widersprüche kaum zum Ausdruck gebracht. So sollten neue Märkte für die Exportwirtschaft erschlossen, die Dritte Welt vor dem Abgleiten in den Kommunismus bewahrt und der 1955 in der Hallsteindoktrin artikulierte westdeutsche Alleinvertretungsanspruch gegen die DDR verteidigt werden. So sollte aber auch die enorme Not der Entwicklungsländer überwunden, koloniales Unrecht wiedergutmacht und die in der Nachkriegszeit empfangene Hilfe weitergegeben werden. Schließlich lag gerade unter den gesellschaftlichen Akteuren vielen daran, das durch Rassismus, Antisemitismus und den Nationalsozialismus negativ aufgeladene bzw. im Wiederaufbau der Nachkriegszeit materialistisch verengte Weltbild der Deutschen zu erneuern und zu erweitern. Auch wollten sie im Ausland in tätiger Solidarität Wiedergutmachung für die Greuel des Dritten Reiches leisten und der Kollektivschuldthese das Bild eines anderen Deutschlands entgegenstellen.

In dieser Situation entstand der unmittelbare Vorläufer des AK LHÜ, von dem der Arbeitskreis die Funktion als Sammelbecken und Lobby der Initiativen der personellen Entwicklungshilfe geerbt hat. Im Anschluss an eine DSE-Tagung im Februar 1961 formierte sich der »Gesprächskreis Entwicklungshelfer« als loses und offenes Forum für alle an dieser Thematik interessierten Organisationen. Im September 1962 gehörten diesem Verbund bereits 25 Gruppen an, darunter aktive Entwicklungsdienste mit zumeist christlichem Hintergrund wie Eirene, Weltfriedensdienst, AGEH und DÜ, studentische Gruppen wie der World University Service und der Verband Deutscher Studentenschaften und Großorganisationen wie der Bundesjugendring oder die Friedrich-Ebert-Stiftung. Erklärtes Ziel des Gesprächskreises war es, die Programmentwicklung der personellen Entwicklungshilfe gemeinsam voranzutreiben, die verschiedenen Aktionen aufeinander abzustimmen und als eine Art »freiwillige Selbstkontrolle« gegen allzu improvisierte Einsätze zu wirken.

Noch 1961 kristallisierten sich, gerade auch im Kontakt zu Vertretern des Peace Corps, zwei grundlegende programmatische Positionen ab: Zum einen die Betonung des Fachkraftgedankens,





14 die Entscheidung, nicht junge Generalisten sondern ausgebildete Handwerker in die Dritte Welt zu schicken. Hierfür ist neben dem Fehlen eines den amerikanischen Colleges vergleichbaren Bewerberpools – die deutschen Universitäten waren Anfang der 1960er Jahre noch kleine elitäre Einrichtungen – wohl auch der ganz verschiedene Hintergrund der deutschen und der amerikanischen Aktion verantwortlich zu machen. Das Peace Corps setzte auf die Wiedergeburt des amerikanischen Pioniergeists, des Frontier Spirits, in der Dritten Welt. Den Deutschen, oder zumindest denen, die die frühen Entwicklungsdienstinitiativen mitprägten, war durch das Dritte Reich der Glaube an eine derart allgemeine Sendung ausgetrieben worden. Zumindest zunächst beschieden sie sich damit, konkret mit anzupacken und technisch-handwerkliches Wissen weiterzugeben.

Das zweite Kernelement bildete zum anderen der innovative Gedanke, neben den Aspekt des Helfens auch den des eigenen Lernens zu stellen. Am 4. Dezember 1961 legte sich der Arbeitsausschuss des Gesprächskreises Entwicklungsländer auf das Motto »Lernen und Helfen in Übersee« fest. Gerade in der damaligen Zeit, in der man den Bewohnern Asiens, Afrikas und Südamerikas vielfach noch stark paternalistisch gegenübertrat, eher ihre noch jungen Staatswesen als ihre alten kulturellen Wurzeln in den Vordergrund stellte, ist diese inhaltliche Position besonders hervorzuheben.

Im Zusammenhang mit dem 1969 verabschiedeten und 1976 erstmals novellierten Entwicklungshelfergesetz hat sich der AK LHÜ als Lobby der Entwicklungsdienste außerordentlich bewährt. Die Idee, durch ein Rahmengesetz die jungen Freiwilligen in der Dritten Welt besser abzusichern und ihre Wiedereingliederung zu fördern, war bereits im Vorfeld der DED-Gründung aufgetaucht, dann aber zunächst wieder verworfen worden. Im Frühjahr 1965 griff sie der Vorstand des AK LHÜ wieder auf, nicht zuletzt um auf dem Gesetzesweg die Gleichbehandlung der privaten Entwicklungsdienste mit dem DED sicherzustellen. Im Oktober 1965 legte der Justitiar des DED Eberhard Hönig einen ersten im Auftrag des Arbeitskreises erarbeiteten Entwurf vor.

Im nächsten Jahr gelang es dem Arbeitskreis, diesen Entwurf über sein Kuratorium in den Gesetzgebungsprozess einzu-

bringen. Das Kuratorium war ein zwischen Juni 1964 und Ende 1966 bestehendes Gremium aus Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten unter dem Vorsitz des CDU-Bundesministers Paul Lücke und des developmentspolitischen Sprechers der SPD Hellmut Kalbitzer, das dem Arbeitskreis höheres politisches Gewicht und breiteren gesellschaftlichen Rückhalt sichern sollte.

Im gesamten von mir untersuchten Zeitraum legte die Bundesregierung in Sachen Entwicklungshelfergesetz stets großen Wert auf die Kooperation mit der im Arbeitskreis konzentrierten Sachkenntnis. So fanden vor der Novellierung 1976 mehrere Lesungen des Regierungsentwurfs in einer AG des AK statt. Zwar ließen sich einzelne Wünsche von 1965 wie etwa die Hereinnahme auch der Helfer, die nur ein Jahr Dienst leisteten, nicht durchsetzen. In den meisten Fällen folgte die Bundesregierung den Vorstellungen des AK LHÜ aber bis ins Detail.

Die Tatsache, dass der Arbeitskreis aus dem losen Gesprächskreis Entwicklungshelfer hervorging und als breites Forum für den Gedanken des Entwicklungsdienstes fungierte, bewirkte allerdings auch eine gewisse organisatorische Schwäche. Der Gesprächskreis war nicht beitragspflichtig und wie dargestellt sehr heterogen. Auf Grund dieser Tradition viel es dem Arbeitskreis oft schwer, seine Mitglieder zu aktivieren oder eine gewisse finanzielle Eigenständigkeit neben der Finanzierung durch das BMZ zu erreichen.

Die zweite Funktion, die dem Arbeitskreis zuwuchs, war die als Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen im DED: Schon ab Ende 1961 stand der Gesprächskreis im Kontakt mit Beamten des Auswärtigen Amtes, die Interesse am Einsatz von Entwicklungshelfern in Projekten der staatlichen Technischen Hilfe äußerten. Vor allem das neue BMZ, stets auf der Suche nach Ausweitung seiner anfangs nur sehr eingeschränkten Zuständigkeiten, entwickelte sich zum Zugpferd des staatlichen Engagements in Sachen Entwicklungsdienst. Die bestehenden gesellschaftlichen Initiativen lehnten noch im Februar 1962 eine »einheitliche deutsche Jugenddienst-Organisation« ausdrücklich ab, da sie Ähnlichkeiten zum Reichsarbeitsdienst des Dritten Reiches unbedingt vermeiden wollten. Weil es ihr selbst an den nötigen Vorerfahrungen und Kontakten in der Dritten Welt fehlte, war aber auch die Bundesregierung eigentlich nicht an einer Behördenlösung interessiert. Am 21. Dezember 1962





**16** wurde im Arbeitszimmer Walter Scheels der »Entwicklungsdienst Lernen und Helfen in Übersee« e.V. von sieben Personen aus dem Umfeld des Gesprächskreises gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wurde Werner Haubrich von der AGEH gewählt. Damit hatten sich das BMZ und die gesellschaftlichen Kräfte auf eine Kooperation festgelegt.

Zwischen Februar und März 1963 arbeitete eine achtköpfige Planungsgruppe im Auftrag des neuen Vereins den »Programmvor-schlag für den Einsatz deutscher Freiwilliger in Entwicklungslän-dern« aus. Da der AK LHÜ, in dessen Geschäftsstelle nie mehr als drei Hauptamtliche tätig waren, dem vielköpfigen Stab des DED in der Detailarbeit zunehmend strukturell unterlegen war, stellte die- ser erste Programmvorschlag neben der Arbeit an den »Grundsät-zen und Kriterien« von 1980 den wichtigsten inhaltlichen Beitrag des Arbeitskreises zum DED in den ersten zwanzig Jahren seines Bestehens dar. Der zweite Vorsitzende des AK LHÜ J. W. Funke be- zeichnete das Papier als die »Morgengabe« des Arbeitskreises an den DED.

In diesem 79seitigen Konzept wurden alle wesentlichen Auf- gaben und Probleme des Entwicklungsdienstes mit erstaunlicher Weitsicht behandelt: Der Text mahnte eine ganzheitliche und von den kurzfristigen Eigeninteressen der Bundesrepublik unabhän- gige Entwicklungspolitik an. Er schrieb den Freiwilligen zwei Funkti- onen zu – die Schließung eines Mangels an Fachkräften durch eigene Arbeit und Ausbildung und die Rolle als »Katalysatoren des sozia- len Wandels«. Die Helfer sollten möglichst umfassend in den Ent- wicklungsländern integriert, ihr Unterhalt entsprechend an den Einkommen ihrer Counterparts ausgerichtet sein. Probleme, die den DED in den 1960er und 1970er Jahren kontinuierlich begleiten sollten, wie etwa Spannungen zwischen Helfern und Experten bei gemeinsamen Einsätzen oder »Autoritätskonflikte« zwischen den Helfern und der Zentrale wurden antizipiert, Perspektiven wie die Umwandlung des Entwicklungsdienstes in einen Austausch zwi- schen Industrie- und Entwicklungsländern aufgezeigt. Der komplette »Durchgang« eines Freiwilligen durch die Organisation von der Re- krutierung bis zur Rückgliederung wurde bis ins Detail konzipiert.

Nach der Gründung des DED, ein Prozess, in dem der Bund als alleiniger Geldgeber gegen nicht unerhebliche Widerstände des

Arbeitskreises seine Mehrheit in der Gesellschafterversammlung und im Verwaltungsrat sowie die Passagen im Gesellschaftsvertrag durchsetzte, der DED sei als »Mandatar des Bundes« in »Projekten der Bundesregierung« tätig, übte der AK LHÜ seinen Einfluss vor allem über die Entsendung sachlich kompetenter Vertreter in den Verwaltungsrat aus – genannt seien aus den behandelten zwei Jahrzehnten etwa Warner Conring, Dieter Danckwortt, Heinz Esche oder Willi Manderfeld.

Bei der Strukturreform des DED 1968 gelang es dem AK, mit Manfred Kulesa seinen Wunschkandidaten für das neue Amt des konzeptionell verantwortlichen Hauptgeschäftsführers durchzu- setzen. In den folgenden fünf Jahren, in denen der DED mit den Auswirkungen der 1968er Bewegung und um Themen wie seine grundsätzliche entwicklungs- und gesellschaftspolitische Position oder die Mitbestimmung rang, unterstützte der Arbeitskreis unter den beiden Vorsitzenden Willi Manderfeld und Hans Pakleppa kon- tinuierlich den Kurs Kulesas und der Mitarbeiter des DED.

Als der DED aber nach der Skandalisierung von Probleme in Brasilien und Bolivien und angesichts des massiven Umschwungs im entwicklungspolitischen Klima nach der Ölkrise und dem Wech- sel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt politisch den Boden unter den Füßen zu verlieren drohte – erinnert sei an die Streichung der Planstelle Kulesas durch den Haushaltsausschuss im Februar 1974 – änderte auch der AK LHÜ seinen Kurs. Den DED mitzutragen und ihn gemeinsam mit dem BMZ wieder in ruhigere Gewässer zu füh- ren, hieß nun, ihn wieder stärker auf seine entwicklungspolitische Aufgabe im engeren Sinn auszurichten. Dieser neue Realismus und der verstärkte Respekt vor der Selbstbestimmung der Partner fan- den schließlich in den bereits erwähnten »Grundsätzen und Kriteri- en für die Arbeit des DED« von 1980 ihren Ausdruck.

Als dritte Funktion gilt es noch die zu behandeln, die ich eingangs etwas kryptisch unter dem »AK LHÜ plus« zu fassen versucht habe. Nachdem die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder des Arbeitskrei- ses ihre Kräfte in den zahllosen Arbeitsgemeinschaftssitzungen der Gründungsphase des DED verschließen hatten und dieser, wie be- schrieben, zunehmend auf eigenen Beinen zu stehen begann, droh- te der AK in ein gewisses Phlegma zu verfallen. Um die Mitglieder



**18** wieder wachzurütteln ging Winfried Böll von der CDG im März 1965 hart mit ihnen ins Gericht: Der LHÜ drohe zu einem »lahmen Haufen« zu verkommen und müsse sich neuen Inhalten und Aufgaben verschreiben.

Im Kern ging es Böll wie auch Dieter Danckwört, der sich in den folgenden Jahren als nimmermüder Impulsgeber im Arbeitskreis betätigte, darum, den Arbeitskreis zu einem Instrument der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik zu machen. Hinter ihren Ideen, die unter dem Schlagwort der »Bewußtseinsbildung« in den frühen 1970er Jahre fast alle für die Dritte Welt Engagierten in ähnlicher Weise umtrieben, stand die Erkenntnis, dass die von ihnen erwünschten Reformen am Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern solange nicht durchzusetzen wären, wie es in der westdeutschen Gesellschaft an einer Lobby für die Dritte Welt fehlte.

Große Hoffnungen in Sachen Bewußtseinsbildung setzten Böll, Danckwört, Eberhard LeCoutre und auch der 1968 angetretene neue Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Erhard Eppler auf die Rückkehrer. Gerade der AK LHÜ wurde zum wichtigsten Förderer von Ansätzen, sie zu einer entwicklungspolitischen pressure group zu organisieren. Ab Mitte der sechziger Jahre entstanden lokale und regionale Rückkehrerarbeitskreise, zwischen 1970 und 1974 mit der »Aktion E« und den Vereinen »Engagement für Entwicklungsländer« und »Solidarität mit der Dritten Welt« kurzfristig auch bundesweite Dachverbände.

Der AK stützte zusammen mit den Entwicklungsdiensten diese Basisgruppen finanziell, half ihre Treffen, Tagungen und im Mai 1974 sogar einen großen Rückkehrerkongress in München zu organisieren. Dass es dennoch nicht gelang, diese Initiativen zu stabilisieren, lag an der zeittypischen, in der Retrospektive fast schon paranoid anmutenden Manipulationsangst vieler Rückkehrer. Alles musste immer wieder ganz grundsätzlich aufgerollt und diskutiert, jede Information hinterfragt und wo irgend möglich selbst erarbeitet werden.

Doch der Arbeitskreis und allen voran sein Geschäftsführer Peter Gräf ließen sich nicht entmutigen. Als sich die Brüchigkeit der Basisgruppen 1973 abzeichnete, begann er, einzelne Rückkehrer an konkrete Initiativen zu vermitteln, so z.B. in eine Organisation zur

Betreuung ausländischer Kinder in München. Und schon wenige Monate nach dem Münchner Kongress setzte der AK eine Arbeitsgruppe zum Aufbau eines neuen bundesweiten Kontaktpersonennetzes für Rückkehrer ein.

Neben der hier beispielhaft behandelten Rückkehrerarbeit erarbeitete der »AK LHÜ plus« zwischen 1970 und 1972 unter anderem auch ein groß angelegtes Gesamtkonzept für freiwillige Dienste in Deutschland und versuchte – wenn auch vergeblich – nach dem Vorbild des EhfG ein entsprechendes Rahmengesetz zu initiieren. Hiermit sollten nicht zuletzt – in der Nachfolge des Evangelischen Kirchentags 1967, der das Motto »Friedensdienst mit und ohne Waffen« prägte – alle Varianten des sozialen Engagements dem Wehrdienst zumindest gleichgestellt werden. Ab Herbst 1973 veranstaltete der Arbeitskreis in Zusammenarbeit mit zahlreichen Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen der neuen sozialen Bewegungen friedenspädagogische Seminare.

Auch wenn nicht alles, was man anpackte, gelang und der Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee die im Arbeitsfeld Entwicklungszusammenarbeit wohl unvermeidlichen Rückschläge hinnehmen musste: Für eine in Finanzausstattung und Personal so schwache Organisation – der Etat überstieg bis 1976 nie die Grenze von 200.000 D-Mark und die Geschäftsstelle beschäftigte, wie erwähnt, nie mehr als drei Personen – leistete der AK LHÜ in allen drei Funktionen in den 1960 und 1970er Jahren Beachtliches. Er führte die so verschiedenen Initiativen der freiwilligen personellen Entwicklungshilfe zusammen. Er half den DED zu schaffen und trug ihn als gesellschaftliches Gegengewicht zur Bundesregierung mit. Nicht zuletzt wurde und blieb er der im März 1965 von Winfried Böll eingeforderte »Unruheherd« in Sachen Entwicklungspolitik. Das meine Damen und Herren konnte er nur dank der vielen Menschen, die sich in all den Jahren für die Idee, in Übersee zu helfen, aber auch zu lernen, einbrachten.

*Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.*

**19**



## 20 »Die Begleitung der personellen Entwicklungszusammenarbeit durch den Arbeitskreis«

VON DR. MANFRED KULESSA

Zu der Zeit, als der Arbeitskreis zum Verein und DED-Mitgesellschafter wurde, amtierte in New York der erste UN-Generalsekretär aus einem Entwicklungsland, in dessen Amtszeit übrigens auch der Entwicklungsdienst United Nations Volunteers gegründet wurde. Ich möchte meinem Beitrag als Motto ein Zitat von ihm voranstellen. U Thant sagte damals :

»Wir hoffen auf den Tag, da die Jugend einen freiwilligen Beitrag zur Entwicklung eines Landes in Übersee oder einer zurückgebliebenen Gegend der eigenen Heimat als normalen Bestandteil der eigenen Bildung und Reifung versteht.«

Ich bin den Verantwortlichen des Arbeitskreises dankbar, dass sie mich eingeladen haben, heute hier zu sprechen, obwohl ich inzwischen nach Jahrzehnten treuer Förderung meine Mitgliedschaft beendet habe. Sie gehen mit Recht davon aus, dass ich mich den Zielen von Lernen und Helfen nach wie vor verpflichtet fühle. Das ist so. Ich habe deshalb auch gern festgestellt, dass der Verein inzwischen über eine erheblich breitere und qualifizierte institutionelle Mitgliedschaft verfügt und dass er sich den Fragen der akuten Entwicklung annimmt, wie etwa jetzt in Sachen des zivilen Friedensdienstes. Das ist erfreulich und stärkt die Hoffnung, die wir mit seiner Aufgabenstellung verbinden.

Natürlich besteht für uns Veteranen die Versuchung, den Bericht von Herrn Hein aus eigener Erfahrung zu ergänzen. Dieser Versuchung möchte ich aber so weit wie möglich widerstehen und Ihnen statt dessen ein paar Stichworte zu dem anbieten, was mir für die künftige Arbeit wichtig erscheint. An einem Jubiläumstag soll man nicht nur Langlebigkeit und schöne Leistungen loben, sondern auch

das erwähnen, was man im Englischen »unfinished business« nennt.

Dazu drei Thesen :

1. Entwicklungslernen ist heute ebenso nötig wie vor vierzig Jahren. Entwicklungslernen zu fördern und dafür in Deutschland einzutreten bleibt nach wie vor eine zentrale Aufgabe.
2. Das weithin vergessene Konzept einer allgemeinen Dienstpflicht verdient Beachtung und ernsthafte Prüfung.
3. Die Mitverantwortung für den DED sollte in Zukunft ernsthaft eingefordert und wahrgenommen werden.

### Entwicklungslernen

Der deutschen Entwicklungspolitik hat von Beginn an ein Konfuzius gefehlt. Der hätte nämlich damit begonnen, erst einmal die richtigen Namen für Menschen und Dinge zu finden, und so etwas wie der Name BMZ und die unkritische Übertragung der Begriffe aus der englischen Fachsprache wäre uns erspart geblieben. Eigenständig deutsch und allerdings dementsprechend nicht übertragbar ist nur der Terminus Entwicklungshelfer. Nimmt man den Titel des Arbeitskreises beim Wort, könnte oder müsste es eigentlich Entwicklungslerner heißen. Offenbar war das politisch nicht möglich. Heute, im Zeitalter der Globalisierungsdebatten, würde sich ein Neuanfang möglicherweise anders darstellen lassen.

Der Deutsche Bundestag hat in einem Grundsatzbeschluss vom 1.12.1982 die personelle Zusammenarbeit »das Kernstück der Entwicklungspolitik« genannt und die Tätigkeit freier Träger auf diesem Gebiet besonders begrüsst.

Der amerikanische Schriftsteller Paul Theroux, selbst ehemaliger Entwicklungslerner, schrieb zu einem Jubiläum des Peace Corps : »In Afrika hat sich durch das Friedenskorp nicht viel verändert, wohl aber in Amerika.« Ich habe in meiner Zeit bei den Vereinten Nationen öfters prominente U.S.- Politiker und Diplomaten getroffen, die ihre prägenden Eindrücke als junge Freiwillige erhalten hatten. Da ist mir dann die alte Diskussion um Elite und Fachdienst in einer neuen Perspektive erschienen. Heute wissen alle, dass wir eine Elite brauchen, die Weltinnenpolitik im Blick hat und Globalisierung mitgestalten kann.



**22** »In dem Vernunftstaat«, sagt der Philosoph Vittorio Hösle, »ist die Aussenpolitik Weltinnenpolitik«. Herrschte bei uns so viel Vernunft, dann brauchten wir in der Tat kein BMZ mehr. Entwicklungslernen wäre dann aber immer noch nötig. In einem Diskussionspapier schreibt Eckehard Fricke dem Arbeitskreis ins Stammbuch, dass es um mehr gehen muss als nur den gewiss wichtigen Austausch zwischen den Eliten: »Wenn wir unsere demokratische Verfassung ernst nehmen und die Welt entsprechend gestalten wollen, muss es eine grössere soziale Durchlässigkeit und breitere Beteiligung geben als dies bisher der Fall war.« Schliesslich hören wir einen ähnlichen Aufruf aus der Bildungspolitik.

### Gemeinschaftsdienst

Wie Sie wissen, hat die Entwicklungspolitik unseren Gesetzgeber nur wenig zu inspirieren gewusst. Im Grundgesetz kommt sie schon gar nicht vor, und die Entwicklungszusammenarbeit beruht nur auf dem Haushaltsgesetz. Eine Ausnahme bildet das von Bastian Hein als stolze Leistung erwähnte Entwicklungshelfergesetz; dessen Zustandekommen war das politische Verdienst der unvergessenen Erika Wolf. Mit dem EhfG von 1969 war in früheren Jahren die Erwartung von einer Lokomotivfunktion verbunden, sowohl in der rechtlichen Fundierung der Entwicklungsarbeit als auch in der Idee der Erweiterung des nationalen Dienstes. Der traditionelle Militärdienst sollte im »Friedensdienst mit und ohne Waffen« durch eine Vielfalt des Dienstangebots ergänzt und schliesslich abgelöst werden. Ein Stück weit ist die Geschichte in den vier Jahrzehnten dieser Vision gefolgt. Das Konzept der allgemeinen Dienstpflicht ist freilich auf der Strecke geblieben. Ich meine die Vorstellung vom selbstverständlichen »Lernen und Helfen«, das einzuüben eine zivile und sozial verantwortliche Gesellschaft ihrer jungen Generation verpflichtend anbieten sollte.

Wo stehen wir heute? Die Abschaffung des Wehrdienstes ist weiterhin aktuelles Thema politischer Diskussion. Der Zivildienst, über den viel Gutes zu berichten ist, wird gleichzeitig immer dünner. In den traditionellen gesellschaftlichen Organisationen der Gewerkschaften, Kirchen oder Parteien erleben wir nicht gerade Symptome einer vitalen Hochkonjunktur der Solidarität, das Vereinsleben leidet an Auszehrung, der Familienzusammenhalt redu-

ziert sich. Vieles scheint auf eine tragische Vereinzelung des Menschen hinzudeuten, der doch, wie wir wissen, wahres Glück nur in der Zuwendung zu und von anderen erfahren kann. Da erscheint es um so erfreulicher, dass wir bei jungen Frauen und Männern in unserem Lande eine zunehmende Bereitschaft feststellen, sich für eine Zeit des sozialen Dienstes im In- oder Ausland zu verpflichten.

Schon deswegen ist es meiner Meinung nach an der Zeit, das Konzept einer allgemeinen Dienstpflicht wieder zu bedenken und auf seine praktische Durchführung hin zu prüfen. Seinerzeit war der Guru in diesem Bereich unser Freund Alec Dickson, der in England den Entwicklungsdienst VSO und anschliessend einen Sozialdienst im Inland aufgebaut und geleitet hat. Er vertrat mit großer Überzeugung die Idee eines allgemeinen Dienstes, der auf der Basis eines weitgefächerten Angebotes mit Wahlmöglichkeiten für alle verbindlich sein sollte. Von einer solchen für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht ist schliesslich auch in Artikel 12 des Grundgesetzes die Rede.

Das Thema schien in den letzten Jahren nicht gerade im Trend der akuten Politik zu liegen und spielte in den Feiern zum Internationalen Jahr der Freiwilligen so gut wie keine Rolle, dessen Veranstaltungen sich ganz überwiegend auf die Propagierung des sogenannten Ehrenamtes konzentrierten. Als damals in einer Bonner Diskussionsrunde nach der Vorstellung vom nationalen Dienst gefragt wurde, kam die schroffe Ablehnung ausgerechnet von der Vertreterin des Arbeitskreises: nach ihrer Meinung käme ein »Zwangsdienst« nicht in Frage, und die bestehenden Organisationen hätten ohnehin keine Kapazität dafür anzubieten.

Mit solchen Argumenten hatte sich schon Sir Alec auseinandersetzen. Er pflegte dann auf die allgemeine Schulpflicht hinzuweisen, die bei ihrer Einführung vor zweieinhalb Jahrhunderten auf ähnliche Bedenken gestoßen, deren Sinnhaftigkeit aber längst anerkannt sei. Wenn sogar die Pflicht zum Wehrdienst akzeptiert worden sei, sollte das bei einem Dienst des Lernens und Helfens um so eher möglich sein, wo der Nutzen für die Beteiligten im Sinne von U Thants »Bildung und Reifung« ebenso hoch anzusetzen ist wie der für die Gesellschaft.

Natürlich kann die allgemeine Dienstpflicht nicht ohne weiteres von den bestehenden Institutionen aufgefangen und gestal-



**24** tet werden. Es geht hier um ein großes Reformwerk, das erhebliche Vorarbeiten erfordert, u.a. etwa eine Untersuchung der zu erwartenden Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt. Daran schließt sich die Frage an, ob wir uns so etwas überhaupt leisten können. Mit Alec Dixon würde ich dagegen fragen: Können wir uns leisten, auf die Option einer allgemeinen Dienstpflicht zu verzichten?

Gewiß haben Utopien derzeit keine gute Konjunktur. Liesse sich der notwendige politische Willen für eine solche Initiative in unserem Land aufbringen? Das kann man bezweifeln, auch wenn die Erinnerung an den unseligen Reichsarbeitsdienst dem nicht mehr wie früher im Wege stehen sollte. Aber es gibt Zeichen der Hoffnung. So ist Siegmund Gabriel kürzlich mit dem Vorschlag eines einjährigen Gemeinschaftsdienstes an die Öffentlichkeit getreten. Er hat mir auf meine Rückfrage mitgeteilt, dass er erwägt, dazu ein Symposium oder einen runden Tisch zu organisieren. An dieser Diskussion sollten sich der Arbeitskreis und seine Mitglieder aktiv beteiligen.

#### LHÜ und DED

Wenn es um die Mitträgerschaft des DED geht, müssen wir nun doch noch einen Blick zurück auf die Geschichte des Anfangs werfen. Freiwilliger Dienst war ja auch damals nichts Neues. Den gab es auch schon vierzig Jahre vorher, man denke nur an den SCI. Neu war aber die Förderung und Mitträgerschaft des Staates. Es ist sicher kein Zufall, dass die einzige mir bekannte Dissertation über den DED den Titel trägt » Zwischen Lenkung und Selbstbestimmung ». In den Formulierungen des Gesellschaftsvertrags deuten sich ungeklärte Konflikte um Macht und Einfluss an.

Wie Heinz Westphal in der DED-Festschrift von 1988 berichtet, hat damals »ein plötzlich zuständig und gestaltungswillig gewordenes Ministerium ... die auf ein Zusammenwirken freier Fachorganisationen gerichtete organisatorische Vorstellung kühl beiseite gedrängt ... und den freien Verbänden praktisch nur eine Beraterrolle in einer quasi regierungsaffizierten Organisationsform zugebilligt ... So standen wir denn ... am 24. Juni 1963.. als skeptische Zuschauer im Hintergrund und wussten, das jeder Schritt echter Mitbestimmung und echter pluralistischer Struktur ... mühsam erkämpft werden müsste.«

Die geballte Machtposition der Bundesregierung als Mandats- und Zuwendungsgeber, gleichzeitig auch in den Funktionen des Hauptgesellschafters und des Finanziers des Minderheitsgesellschafters, macht solche Schritte gewiss nicht leicht und stellt ungewöhnlich hohe Anforderungen an ihre gesellschaftspolitische PPP-Fähigkeit. Immerhin wusste man anfangs, wie Staatssekretär Vialon betonte, dass eine solche Gesellschaft nur mit einer starken und eigenständigen Exekutive arbeiten könne. Unter dieser Prämisse übernahmen etwa Axel von dem Bussche, Carl Friedrich von Weizsäcker und Heinz Westphal Verantwortung im DED. Erhard Eppler, der Entwicklung als eine Mobilisierung von Gesellschaften verstand, hat nach eigenem Bekunden auch Entscheidungen des DED hingenommen und mitgetragen, die ihm nicht schmeckten, und der Geschäftsführung und dem Verwaltungsrat »Mut, Kraft, Sensibilität und Toleranz« gewünscht, »auch wenn es gelegentlich den kurzfristigen Interessen des Mehrheitsgesellschafters zuwider laufen mag«.

Solcher Mut ist nach wie vor gefragt. Wie es damit steht, darüber kann man sich von außen kein Urteil erlauben. Aber auch der ferne Beobachter erkennt Symptome, die ihn besorgt sein lassen. Es geht dabei nicht um Schuldzuweisungen oder Frontstellungen. Seit Eppler's Ministerzeiten kenne ich selbstverständlich viele Freunde und Kollegen bei den Mitgliedern des Arbeitskreises wie im BMZ, nicht zuletzt auch solche mit DED-Erfahrung und Verantwortung, die Anliegen und Mandat des Arbeitskreises mit Sympathie verfolgen und sich wünschen, dass diese intensiver und energischer vertreten werden.

Als Beispiele für die genannten Symptome möchte ich hier die Auswahl der Geschäftsführer und das Verhältnis zu United Nations Volunteers (UNV) erwähnen:

- Der DED gehört seit einigen Jahren zu den Organisationen des BMZ-Vorfeldes, für die bei den zentralen Personalentscheidungen das Motto gilt: »Kommt Zeit, kommt Rat«. Nur dass mit Rat nun immer der Ministerialrat gemeint ist, halte ich für eine unglückliche Entwicklung, die im Gegensatz steht zu dem Gründungsgedanken und den zahlreichen politischen Bekenntnissen zu gesellschaftlicher PPP und zum Pluralismus in der personellen Hilfe.





■ UNV ist mit deutscher Unterstützung aufgebaut worden.

Der Ex-Geschäftsführer Peter Molt ging seinerzeit mit diesem Auftrag zu den Vereinten Nationen nach Genf. Heute braucht man nicht mehr weit zu gehen: UNV, DED und der Arbeitskreis haben ihre Zentralen in Bonn. Da müsste Zusammenarbeit möglich sein. UNV hat den großen Vorteil anzubieten, dass hier Menschen aus allen Nationen im Sinne U Thant's auf gleicher Augenhöhe im Friedens- und Entwicklungsdienst zusammenarbeiten.

Dennoch ist die Anzahl der deutschen UNV-Freiwilligen peinlich gering geblieben. Es hat fast den Anschein, als würde dafür gesorgt, dass sie niemals höher werden darf, als es dem Anteil der Deutschen an der Weltbevölkerung entspricht. Ebenso wenig kann uns der Verdacht erfreuen, dass hier die das bekannte unselige Gefühl der Konkurrenz zwischen bilateraler und multilateraler Hilfe eine Rolle spielen könnte.

Dem Arbeitskreis kann heute nur empfohlen werden, solche Felder der Verantwortung in Zukunft im Geist der gemeinsamen Eigentümerschaft an der Gesellschaft DED so entschieden wahrzunehmen, wie sich das eine frühere Generation gewünscht hat. Es wäre sicher nichts damit gewonnen, wenn er sich enttäuscht zurückzöge. Wohl aber sollte man überlegen, ob eine andere Trägerstruktur die Chancen des Erfolgs verbessern könnte. In diesem Zusammenhang fällt mir der gelegentlich diskutierte Vorschlag ein, den Bereich der personellen Hilfe als fünfte Säule in den VENRO-Verband einzubeziehen. Möglicherweise könnte »Lernen und Helfen« dadurch an Gewicht und Eigenständigkeit gewinnen.

Lassen Sie mich abschliessend zusammenfassen: Wenn der Arbeitskreis das Entwicklungslernen weiterführt und vertritt, wenn er sich aktiv an der Diskussion um den Gemeinschaftsdienst beteiligt und den Deutschen Entwicklungsdienst als Partner mitgestaltet, dann kann man ihm bei aller Vorläufigkeit der Entwicklungspolitik auch für die kommenden vier Jahrzehnte gutes Gelingen bei einer wichtigen Arbeit wünschen.





## 28 Lehren aus der Vergangenheit

Von DR. DIETER DANCKWORT

### **Die Geschichte des Arbeitskreises »Lernen und Helfen in Übersee« von 1961 – 1995**

EINE EVALUIERUNGSSTUDIE

#### Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassung der Ergebnisse
2. Auftrag und Methodik der Evaluierung
3. Zum Begriff der »Freiwilligendienste«
4. Der internationale Rahmen
5. Die ersten Weichenstellungen: Der Gesprächskreis
6. Weitere Weichenstellungen: Das Gründungsjahr 1962
7. Die Kapazität der Mitgliedschaft von LHÜ
8. Das Aufgabenverständnis des Arbeitskreises
9. Mögliche Zukunftsaufgaben und Entwicklungen
10. Realistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten

## 1. Zusammenfassung der Ergebnisse

29

### ***A. Die Satzung ernst nehmen und Ziele operationalisieren***

Eine Konzeption für die Zukunft muss sich auf die Satzung gründen, deren Zieldefinition ernst genommen und in den Mittelpunkt aller Überlegungen gestellt werden sollte. Die sieben in der Satzung festgelegten Aufgaben müssen auf ihre Operationalisierung hin überprüft und mit Ausführungsbestimmungen, Arbeits- und Zeitplänen versehen werden. Alle folgenden Ergebnisse dienen diesem Zweck.

### ***B. Die Förderungswürdigkeit aller Ziele sichern***

Mit der Bundesregierung als Förderer von LHÜ muss die Förderungswürdigkeit aller Satzungsziele erneut verhandelt werden, um für kommende staatliche Prüfungen zur Verwendung der öffentlichen Mittel sicherzustellen, dass nicht ein Satzungsziel als »nicht im öffentlichen Interesse liegend« abgelehnt wird. Das Ergebnis A. beschreibt die Voraussetzung dafür.

### ***C. Das konstitutive Spannungsverhältnis im DED akzeptieren***

Die beiden Gesellschafter des DED haben unterschiedliche Aufgaben und Interessen. Das sich daraus ergebende Spannungsverhältnis zwischen einem staatlichen und einem privaten Träger muss von LHÜ begriffen und akzeptiert werden. Nur so lassen sich in Zukunft falsche Erwartungen und entsprechende Frustrationen verringern. Die eigene Tätigkeit im Verwaltungsrat des DED muss transparenter gemacht und ständig evaluiert werden, wozu Zielvorgaben und Nachweis des Erreichten nötig sind. Dies muss dann den eigenen Mitgliedern wie auch den Mitarbeitern des DED intensiver vermittelt werden als bisher.

### ***D. Die Förderung der Dienste bedarfsbezogen organisieren***

Die Förderung der Entwicklungsdienste über den DED hinaus steht am Beginn der Satzungsziele. In enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste (AGdD) ist der Förderungsbedarf ständig zu erheben und wegen der Unterschiedlichkeit der Dienste differenziert darzustellen. Es kann um gemeinsa-





**30** men Förderungsbedarf und entsprechende Aktivitäten von LHÜ gehen, aber auch um Hilfestellungen für einzelne Dienste. Die erreichten Hilfestellungen und Erfolge sind darzustellen, um die LHÜ-Leistungen besser einschätzen und würdigen zu können.

#### ***E. Die Forderung nach einem umfassenden Friedensdienst prüfen***

Die Satzung schreibt die Weiterentwicklung des Gedankens des Entwicklungsdienstes als Form eines umfassenden Sozial- und Friedensdienstes vor. Diese aus der Kennedy-Zeit stammende Vorgabe sollte auf ihren heutigen Wert und die Chancen der Realisierung überprüft werden. Zu den verschiedenen Vorstellungen eines solchen »Nationalen Dienstes«, der alle bestehenden Formen verbindet bzw. bündelt und fördert sollte LHÜ Stellung nehmen und dazu Sachverständigen-Anhörungen durchführen. Dabei geht es sowohl um kurz- und mittelfristige Maßnahmen wie um langfristige gesellschaftliche Perspektiven.

#### ***F. Den Rückkehrern eine größere Beteiligung ermöglichen***

Die in der Satzung vorgeschriebene Mitwirkung ehemaliger Entwicklungshelfer in Deutschland zielt auf die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, deren Bedeutung in letzter Zeit deutlich erkannt wird. Zusammen mit den Rückkehrverbänden auch aus den Bereichen wie der GTZ sollten staatliche Mittel für eine stärkere Unterstützung des Einsatzes von Rückkehrern im Bildungswesen gefordert und entsprechende Konzepte ausgearbeitet werden.

#### ***G. Die Bundesregierung und andere fachlich mehr beraten***

In der jetzt stärker werdenden Debatte um die Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen von der UN bis zur kommunalen »Agenda 21« spielt Politikberatung eine immer größere Rolle. Dies betrifft nicht nur den Dialog mit den Abgeordneten des Bundestages, insbesondere im AWZ und im Jugendaustausch, sondern auch verschiedene Bundesministerien in ihren jeweiligen Funktionen sowie größere Verbände, die nicht Mitglied von LHÜ sind. Überall, wo nach Freiwilligendiensten im Inland wie auch im Ausland gefragt wird, sollte LHÜ feststellen, ob ein Beratungsbe-

darf besteht und im positiven Fall seine Erfahrungen anbieten. Dies kann besonders bei den folgenden Zukunftsproblemen der Fall sein.

#### ***H. Beobachtungen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit***

Im Vertrag von Maastricht ist eine »Europäisierung« der Entwicklungspolitik gefordert. Freiwilligendienste sollten dabei bevorzugt berücksichtigt und gefördert werden. In enger Zusammenarbeit mit dem europäischen FORUM sollte LHÜ diese Szene sorgfältig beobachten und wo notwendig mitwirken. Eine Abstimmung mit UNV auf internationaler Ebene bietet sich besonders an, wenn UNV nach Bonn umgezogen ist.

#### ***I. Mittel- und Osteuropa zu einem neuem Schwerpunkt machen***

Die Außen- und Entwicklungspolitik Europas hat Schwerpunktbildungen im Mittelmeerraum und in Mittel-/Osteuropa vollzogen. Besonders unsere östlichen Nachbarn fragen nach einer verstärkten Zusammenarbeit mit Deutschland, und LHÜ kann sich dieser Herausforderung nicht entziehen. Ein eigener Arbeitsausschuss für diesen Bereich und die Sammlung bisheriger Erfahrungen wird dringend empfohlen.

#### ***J. Gesellschaftspolitische Veränderungen voraussehen***

Die Forderungen nach »Entwicklung im Norden« und Veränderung unseres Lebensstils, die Debatte um den Sinn der Wehrpflicht und die Neubewertung der »civil society« in der Politik können mittelfristig zu einem neuen Verständnis von Freiwilligendiensten führen. LHÜ sollte dies sorgfältig beobachten und sich in Fachgesprächen um eine Prognose bemühen.



## 2. Auftrag und Methodik der Evaluierung

Auf Vorschlag des Vorstandes wurde auf der 49. Mitgliederversammlung des Arbeitskreises »Lernen und Helfen in Übersee« (in Folge abgekürzt als LHÜ) am 07.06.95 unter dem Tagesordnungspunkt 2.5 (»Arbeitsschwerpunkte 1995–1996) eine historische Analyse von LHÜ als Grundlage einer Zukunfts-Debatte im Dezember 1995 mit dem Ziel eines neuen Strategiepapiers beschlossen. Am 13.06.1995 wurde der Autor dieser Studie mit der Arbeit beauftragt, die am 15.08.1995 abgeschlossen sein sollte.

Ausgewertet wurden zu diesem Zweck:

1. Die Protokolle der bisherigen  
49 Mitgliederversammlungen.
2. Die Texte der 94 Informationsbriefe von LHÜ 1963–1990
3. Die 633 Meldungen des LHÜ-Info von 1990–1995 (August)
4. Ausgewählte Dokumente aus dem Archiv von LHÜ.

Der Autor hat seit 1946 die Geschichte von Freiwilligendiensten verfolgt.

Er war 1949 Gründungsmitglied der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienst (IJGD), Gründungsmitglied des Gesprächskreises Entwicklungshelfer am 04.02.1961 in Berlin als Vorläufer des Arbeitskreises LHÜ, seit 27.11.1963 dessen Mitglied, als LHÜ-Vertreter im Verwaltungsrat des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) von 1968–1974 und im LHÜ-Vorstand von 1971–1974; seit 1990 ist er ehrenamtlicher Redakteur des LHÜ-Info als monatliches Mitteilungsblatt.

Auftrag und Methodik der Analyse beziehen sich nur auf die Geschichte des Arbeitskreises. Dies ist also keine Geschichte der Freiwilligendienste und auch keine Geschichte des DED, obwohl beide Bereiche oft angesprochen werden.

Ehe ab Kapitel 5 auf die Geschichte von LHÜ eingegangen wird, ist es notwendig, in den Kapiteln 3 und 4 den Begriff der Freiwilligendienste zu erläutern sowie deren Teilnehmerzahlen darzustellen und den internationalen Rahmen der Dienste in anderen Ländern und ihrer Dachorganisationen zu beschreiben.

## 3. Zum Begriff der »Freiwilligendienste«

Im Zusammenleben der Menschen hat es immer schon eine organisierte gemeinnützige Arbeit ohne Zwang gegeben, die sich deutlich von »Pflichtdiensten« militärischer oder wirtschaftlicher Art unterscheidet. Sie kann lebenslang erfolgen wie bei religiösen Orden, zeitbegrenzt »vollzeitlich« oder »teilzeitlich«, d.h. für bestimmte Tage, Wochen, Monate oder Jahre. Diese zeitbegrenzten Dienste unterscheiden wir heute als »Kurzzeitmaßnahmen« (ein Jahr und weniger) oder »Langzeitmaßnahmen« (über ein Jahr, meist auf wenige Jahre begrenzt).

In der Geschichte kennen wir solche Freiwilligendienste vor allem zur Abwehr von Not und Überfall z.B. durch Feuerwehren oder Bürgermilizen, aber auch als Nachbarschaftshilfe bei Bau- oder Erntearbeiten, z.T. in Form von Genossenschaften überwiegend durch junge Männer ausgeführt.

Im vorigen Jahrhundert haben wir sowohl mit traditionellen Hilfsdiensten im religiösen Bereich zu tun (Malteser, Johanniter etc., aber auch neuer Art wie die Heilsarmee) wie auch mit Nothilfediensten wie dem Roten Kreuz, die aus dem Erleben moderner Kriege stammen und heute eng verzahnt sind mit der Friedensbewegung, die vor allem nach dem ersten Weltkrieg mit dem Versöhnungsbund und Internationalen Zivildienst bekannt wurde. Schließlich beschäftigte sich auch die Bildungspolitik in der Jugend- und Erwachsenenbildung mit dem Gedanken der Gemeinschaftsdienste, die z. B. einzelne Jugendorganisationen wie die Pfadfinder in den Vordergrund ihrer Arbeit stellten.

Im weitesten Sinn treffen wir in Vergangenheit und Gegenwart auf Freiwillige in gemeinnützigen Verbänden und Vereinen in großer Zahl. Eine Analyse der Deutschen Gesellschaft für Freizeit 1993 (siehe Meldung LÜ/353) schätzt die Zahl der Deutschen, die Mitglied in solchen Organisationen sind, auf 38 Millionen, meist in den Bereichen Sport und Musik. Im engeren Bereich der Wohlfahrtsverbände waren es 1,5 Millionen. Viele der Verbände haben eigene Einrichtungen für Nothilfe-Programme, einige wie das Technische Hilfswerk sind ganz drauf spezialisiert und werden vom Staat ganz oder teilweise finanziert, weil ihre Arbeit im öffentlichen Interesse liegt.



Die Literatur über freiwilliges gemeinnütziges Engagement ist in der Sozialwissenschaft groß und kann hier deshalb nicht dargestellt werden. Es soll nur deutlich werden, daß die heutigen »Dienste« mit rund 2.000 Teilnehmer an Langzeitdiensten in Entwicklungsländern ( pro Jahr) oder bisher rund 18.000 Rückkehrern aus solchen Diensten nur einen sehr kleinen Teil der gesamten Freiwilligentätigkeit darstellen. Der Anteil der Freiwilligenzahlen an Langzeitdiensten hat sich, wie aus den Statistiken des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (im Folgenden mit BMZ abgekürzt) im jährlichen Journalistenhandbuch zu ersehen ist, nicht viel verändert. Auch die rund 4.000 Teilnehmer an internationalen Gemeinschaftsdiensten als Kurzzeitprogramme pro Jahr und die anderen vom Bundesjugendministerium geförderten Dienste wie das » Freiwillige Soziale Jahr« oder das »Freiwillige ökologische Jahr« mit zusammen nicht mehr als 15.000 Teilnehmern pro Jahr sind relativ geringe Zahlen, wenn man als Vergleich die Pflichtdienste nimmt mit ihren jährlichen Teilnehmerzahlen von rund 180.000 bei der Bundeswehr und rund 130.000 beim Zivildienst.

Zusammengefaßt lassen sich heute folgende Bereiche von ehrenamtlicher und gemeinnütziger Freiwilligenarbeit unterscheiden, in denen ca. 2% der Bevölkerung engagiert sind:

1. Wohlfahrtsverbände ( inkl. Freiwilliges Soziales Jahr)
2. Katastrophenhilfe ( inkl. freiwillige Feuerwehren)
3. Sonstige gemeinnützige Verbände und Parteien mit ihren ehrenamtlichen Ämtern.
4. Kommunale Ehrenämter ( Schiedsmänner etc.)
5. Spezielle Entwicklungs- und Gemeinschaftsdienste (LHÜ)

Neu sind in diesem Bereich seit wenigen Jahren die Umweltdienste und die Seniorendienste. In dieser Analyse wird nur der Bereich 5 behandelt.

Der erste Zusammenschluß von internationalen Freiwilligendiensten entstand in den zwanziger Jahren als »Internationaler Zivildienst« (IZD) mit starker Beteiligung des deutschen Zweiges. Auch die kirchlichen Werke und Missionen bauten in der Weimarer Republik ihre internationalen Kontakte aus. Während der nationalsozialistischen Diktatur von 1933–1945 wurden fast alle Verbindungen unterbrochen.

In den Jahren 1945 bis 1955 entstanden wieder die ersten Aufnahmen deutscher Organisationen in die internationalen Dachverbände. Die Zahl internationaler Jugendgemeinschaftsdienste in Deutschland (workcamps) wuchs mit Hilfe ausländischer Dienste, vor allem der Friedenskirchen Brethren, Mennoniten etc. schnell und die deutschen Dienste wurden bald in das von der UNESCO gegründete »Coordination Committee for International Voluntary Service« (CCIVS oder kurz CoCo) aufgenommen. Bis heute ist es der internationale Dachverband für alle Kurzzeitmaßnahmen, während die Langzeit-Entwicklungsdienste ihren Zusammenschluß im ISVS und später RCIVS, dem heutigen »FORUM« fanden. CCIVS führt 1995 seine internationale Generalversammlung in Berlin durch. Die Verbindung des LHÜ zu dem CCIVS wird durch seine Arbeitsgruppe »Gemeinschafts- und Sozialdienste« gehalten.

Entwicklungsdienste mit Langzeitprogrammen entstanden erst Ende der fünfziger Jahre bei den kirchlichen Hilfswerk-Gründungen in der Evangelischen und Katholischen Kirche. Das politische Interesse daran entstand erst 1961 durch die Gründung des Peace Corps in den USA durch Präsident Kennedy. Im September 1962 schickte das BMZ die beiden Gutachter Hübner und Wilpert, einen Diplom-Ingenieur und einen Psychologen zum neuen »Peace Corps« nach Washington, zu dem bereits einige deutsche Politiker und Wirtschaftsvertreter wie der Direktor der Frankfurter Metallgesellschaft Dr. Casper Kontakt hatten. Der Bericht der beiden hat die Vorschläge des BMZ zur Gründung eines »Deutschen Entwicklungsdienstes« erheblich beeinflußt. Kennedy beabsichtigte, das amerikanische Peace-Corps zu internationalisieren und berief deshalb zu 10.–12.10.1962 nach Puerto Rico eine »Middle Level Manpower Con-



36 ference« ein, auf der die deutsche Delegation durch den Bundesminister Mehrkatz geleitet wurde; er machte die internationale Öffentlichkeit erstmals mit dem »Gesprächskreis Entwicklungshelfer« und seinen Ideen zur Bildung eines deutschen nationalen Dienstes bekannt. Auf dieser Konferenz wurde die Einrichtung eines »Internationalen Entwicklungshelfer-Sekretariats« in Washington beschlossen, aus dem dann der Verband ISVS (International Secretariat for Voluntary Service) entstand, dem bis 1970 über 50 Regierungen beitraten, Deutschland durch das BMZ vertreten. Der DED entsandte 1966 als Verbindungsbeauftragte Irene Pinkau, bis dahin Abteilungsleiterin in Bonn. Später wurde das ISVS nach Genf verlegt und dort von dem Schweizer Diplomaten Michael von Schwenk geleitet. Zu dessen Nachfolgern gehörte auch LHÜ-Mitglied Johannes Reinhold, der vom BMZ nach Genf delegiert wurde und dort nach der Gründung des UN-Voluntary Service (UNV) die Auflösung des ISVS 1978 vorbereitete. Mitarbeiter wie der Deutsche Helmut Weyers mit dem Programm »Förderung einheimischer Dienste« wurden dann von UNV übernommen.

Die Initiative von Kennedy und die 12 Jahre des ISVS-Verbandes haben zur Gründung einer Reihe von Entwicklungsdiensten geführt, so auch dem DED. Die Führungsrolle der USA und die Person Kennedys mit seinen Reformideen haben sicher zu einer sonst nicht denkbaren Verbreitung des Freiwilligengedankes in der Entwicklungspolitik geführt. Auf der anderen Seite rief die außenpolitische Dominanz der USA auch Widerstand hervor, der schließlich zur Gründung eines nicht von einem Industrieland geführten Dienstes bei den Vereinten Nationen führte, der dann als »UNV« auch internationale Koordinierungsmaßnahmen übernehmen sollte, so daß ISVS überflüssig wurde. Auch innerhalb der USA sank das Interesse am Peace Corps, für das sich 1966 noch 42.000 Bewerber gefunden hatten; 1970 waren es nur noch 19.000. Die Enttäuschung vieler junger Menschen von der US-Administration dieses Dienstes und der amerikanischen Außenpolitik war ähnlich, wie später auch in anderen Ländern, in Deutschland vollzog sich dies nur Jahre später. Es zeigte sich weltweit, daß halbstaatlich organisierte Dienste ständig mit dem Konflikt zwischen den Erwartungen und Hoffnungen junger Menschen und der politischen Realität leben müssen. Die Begeisterung der wenigen »Kennedy-Jahre« war nur kurz.

Auf Vorschlag des iranischen Shahs, der selbst einen nationalen Freiwilligendienst gegründet hatte und eine nicht von den USA dominierte internationale Dachorganisation suchte, beschloß die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 07.12.1970 das »United Nations Volunteers Programme« einzurichten. Als »neutraler Standort« wurden die UN-Büros in Genf ausgewählt und die UNV der Entwicklungshilfe-Agentur UNDP zugeordnet. Das BMZ hat schon frühzeitig durch die Entsendung von Dr. Peter Molt, Gründungsmitglied von LHÜ, in die Spitze der UNV-Administration sein Interesse an dieser Organisation bekundet, die heute in 115 Ländern arbeitet. Die Zusammenarbeit gipfelt im Beschluß des UNDP, das UNV 1996 von Genf nach Bonn zu verlegen. Ende 1995 wird ein Kongress im BMZ das UNV der deutschen Öffentlichkeit vorstellen. Für die Rekrutierung der deutschen Teilnehmer ist seit Beginn der DED zuständig. Von seinem Umzug von Berlin nach Bonn wird eine zukünftig engere Zusammenarbeit mit dem UNV erhofft. Bisher war der Kontakt zwischen deutschen Diensten und dem UNV gering.

Um so stärker war die Mitarbeit Deutschlands beim Aufbau der »Regional Conference on International Service« (RCIVS) für die Region Europa (mit Israel dazu) seit ihrer Gründung 1964 durch 8 Länder mit Langzeit-Entwicklungsdiensten. Vorausgegangen war eine Konferenz im Juli 1961, zu der Prinz Bernhard, wohl auch unter dem Eindruck von Kennedy, nach Holland eingeladen hatte; daraus folgten Seminare bei der RCIVS, die 1988 in »Europäisches FORUM für den Entwicklungsdienst« (kurz: FORUM) umbenannt wurde. 1978 wurde das Büro des RCIVS nach Bonn verlegt und wird dort vom LHÜ gefördert. Seit 1985 ist Bernard Gilson ihr Geschäftsführer. Seitdem hat sich die Arbeit intensiviert und auf den Mitgliederversammlungen von LHÜ wird regelmäßig über diesen europäischen Verbund berichtet.

Die Gesamtzahl der Langzeit-Entwicklungshelfer aus dem Kreis des FORUMs kann auf rund 10.000 geschätzt werden, wobei Frankreich mit rund 2.100, von England mit 1.700, von Deutschland und Belgien mit 1.000 gefolgt werden. Weltweit gibt es nur zwei Länder mit mehr Entsendungen. Das sind Japan und die USA, so daß die Gesamtzahl aller Entwicklungshelfer aus Industrieländern auf 15.000 pro Jahr zu schätzen ist. Die Zahl der aus anderen Entwicklungsländern kommenden Freiwilligen ist mit ca. 1.500 im



**38** Rahmen des UNV gering, jedoch ist die »Süd-Süd-Zusammenarbeit« auch außerhalb des UNV steigend.

Zum internationalen Rahmen gehört seit 1980 auch die »NRO-Plattform der EU«, zu der auch deutsche Entwicklungsdienste gehören, die aus Brüssel Zuschüsse zu Programmen im Ausland und Bildungsmaßnahmen im Inland erhalten. In den Jahren 1984 bis 1992 wurde im Rahmen dieser Vertretung von Nichtregierungsorganisationen (NRO's) für Entwicklungspolitik ein Unterausschuß »Entwicklungsdienste« gebildet (siehe ein Positionspapier von Peter Sohr im LHÜ-Informationsbrief Nr. 84) und von Zeit zu Zeit auf LHÜ-Mitgliederversammlungen über diese Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission berichtet.

Zur europäischen Zusammenarbeit gehört auch der »Europäische Lenkungsausschuß für Zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Jugendbereich der Jugendministerkonferenz des Europarates«, der sich seit 1990 mit dem Thema »Förderung von Freiwilligendiensten auf europäischer Ebene« im Rahmen der Jugendpolitik beschäftigt. Dort wird LHÜ durch die Initiativen von Ulrich Frey von der AGDF vertreten. 1989 wurde zum Zweck einer Vertretung der Kurzzeitprogramme von Jugendgemeinschafts- und Sozialdiensten, das »European Volunteer Programme« mit dem deutschen Zweig bei der AFDG in Bonn geschaffen. Um die europäische Zusammenarbeit kümmert sich auch die jährlich tagende »Trägerkonferenz der Jugendgemeinschafts- und Sozialdienste« im Rahmen des Kinder- und Jugendplans der Bundesregierung.

Schließlich hat sich LHÜ auch mit dem »Europäischen Freiwilligen-Programm«(EEP) mehrfach beschäftigt, das im Kern ein bilateraler Dienst zwischen Frankreich und Deutschland ist und beim DED ein eigenes Referat (EEP/UNV) besitzt. Es umfaßt z.Zt. etwa 60 Teilnehmer und wurde wegen seiner starken französischen staatlichen Beeinflussung immer wieder kritisiert.

Zusammenfassend läßt sich aussagen, daß im internationalen Rahmen die einzelnen Partner der deutschen Dienste in den Entwicklungsländern den Vorrang haben und der Erfahrungsaustausch mit europäischen und internationalen Dachorganisationen eine geringe Rolle spielt und nur dann akut wird, wenn sich in den Bereichen Rekrutierung, Vorbereitung, Einsatz und Rückkehrhilfe durch Semi-

nare und Tagungen konkrete Vorteile für die deutschen Dienste ergeben. Vor allem wird die Abstimmung und Koordinierung im einzelnen Partnerland wichtig und dies insbesondere, wenn es sich um Krisengebiete handelt. Der Kooperationsbedarf liegt deshalb mehr in Übersee und weniger in Europa, zumal das eigene Personal leicht durch zu viele internationale Tagungen und Treffen überlastet und überfordert wird.

Zu beobachten ist in Zukunft besonders die Entwicklung in der Europäischen Union, denn es ist denkbar, daß im Rahmen der Harmonisierung der Entwicklungspolitik auch die Förderung der Langzeitdienste und im Rahmen einer Jugend- und Bildungspolitik die Kurzzeitdienste einen neuen Stellenwert erhalten und damit neue Koordinierungsaufgaben mit Brüssel und Straßburg auf LHÜ zukommen. Da Bonn zum Nord-Süd-Zentrum ausgebaut werden soll, kann der internationale Rahmen hier neue Bedeutung bekommen. Wenn die Aufgaben der NRO-EU-Plattform auf eine neue Dachorganisation (Arbeitstitel VENRO) übergehen sollten, wäre hierbei sicher eine Mitgliedschaft von LHÜ erforderlich.

**39**



## 5. Die ersten Weichenstellungen: Der Gesprächskreis

Am 04.02.1961 wurde am Ende einer Tagung: » Probleme der Entsendung junger Deutscher in überseeische Länder zur Teilnahme an langfristigen Entwicklungsprojekten« im Zentrum der DSE in Berlin, der Villa Borsig, der »Gesprächskreis Entwicklungshelfer« gegründet, und damit der Grundstein für den DED und seinen Gesellschafter LHÜ gelegt.

Die Initiatoren kamen aus den damals eng zusammenarbeitenden und im entwicklungspolitischen Dialog führenden Organisationen CDG und DSE, die eine Reihe von Planungskonferenzen in der Villa Borsig durchführten, um in dem später »personelle Zusammenarbeit« genannten Themenbereich neue Akzente zu setzen. Vor allem dem Geschäftsführer der CDG Funke gelang es, in dem Arbeitsausschuß des neuen Gesprächskreises folgende Organisationen an einen Tisch zu bringen:

1. Der Deutsche Bundesjugendring (Westphal)
2. Die Ebert-Stiftung (Reinhold)
3. Die Adenauer-Stiftung (Molt)
4. Die Deutsche Stiftung (Esche)
5. Den katholischen Entwicklungsdienst AGEH( Haubrich)
6. Den evangelischen Entwicklungsdienst DÜ (Conring)
7. Die Studentenorganisation WUS (Richter)
8. Die Dachorganisation der Jugenddienste AIG (Krahé)
9. Die CDG mit ihren Wirtschaftskontakten selber (Funke)

Unter den Mitgliedern, die an der ersten Tagung teilnahmen oder direkt danach beitraten, waren auch folgende wichtige Dachorganisationen:

10. Der Deutsche Volkshochschulverband DVV
11. Der Deutsche Akademische Austauschdienst der Hochschulen
12. Der Deutsche Sportbund
13. Die Deutsche UNESCO-Kommission

Zu den ständigen Gästen an der Sitzung des Gesprächskreises gehörten außerdem:

14. Die Wirtschaftsverbände BDI, BDA und der DIHT
15. Die Träger der Technischen Hilfe, das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft und die GAWI in Frankfurt

16. Die Gemeinschaft Unabhängiger Beratender Ingenieurbüros

17. Die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung ZAV

18. Der Deutsche Handwerkskammertag

19. Das Arnold-Bergstrasser-Institut und das Batelle-Institut

Damit war mit einem großen Wurf von Funke versucht worden, die Politikbereiche

- Entwicklungspolitik
- Bildungs- und Wissenschaftspolitik
- Jugend- und Sozialpolitik
- Gesellschaftspolitik (politische Stiftungen)
- Auswärtige Kulturbeziehungen (UNESCO u. ä.)

unter einem Leitgedanken des umfassenden Jugenddienstes, zusammenzuführen. Funke und seine Mitarbeiter in der CDG, insbesondere W. Böll, waren davon überzeugt, daß eine deutsche Entwicklungspolitik ressortübergreifend und als nationale Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden müsse. Diese Konzeption wurde von allen Mitgliedern des damaligen Gesprächskreises geteilt, mußte aber bei einer Zusammenarbeit mit dem Staat in Gestalt des gerade entstandenen BMZ unvermeidlich zum Konflikt führen, weil die Kabinettsordnung und die Haushaltsordnung Entwicklungspolitik nur auf Projekte in Übersee begrenzten und alle sonstigen Aufgaben in die Zuständigkeit anderer Bundesministerien fielen, wie Kultur, Bildung, Soziales oder Jugendfragen. Zwar arbeiteten in den Aufsichtsgremien von DSE und später auch DED Vertreter anderer Ministerien mit, aber im Prinzip nur, weil sie Eingriffe in ihre Zuständigkeit verhindern sollten. Selbst beim besten Willen der einzelnen Vertreter war und ist die Ressortzuständigkeit bis zum heutigen Tage der eingebaute Widerspruch zur Politikkohärenz und eines übergreifenden Freiwilligendienstes. LHÜ hat seit dem ersten Tag seines Bestehens unter diesem im Gesprächskreis angelegten Dauerkonflikt gelitten und einen großen Teil seiner Energie damit verbraucht.

Im Februar 1961 konzipierte der Arbeitsausschuß des neuen Gesprächskreises in seiner ersten Sitzung einen Aufruf an die Bundesregierung, einen »Verbund der vorhandenen freien Dienste« massiv zu fördern und keinen staatlichen Dienst zu schaffen, wie es





**42** das Vorbild »Peace Corps« anbot. Der Aufruf ging auf Initiative von Funke an alle Bundesministerien, Bundesländerregierungen und Bundestagsabgeordnete und wies darauf hin, daß sich nach den Berichten über das US-Peace Corps bereits tausende von jungen Freiwilligen für einen Dienst in Übersee gemeldet hätten und bei den privaten Diensten, vor allem der Kirchen, genügend Erfahrungen vorlägen, um ein gemeinsames Programm eigenständig zu organisieren. Es hieß in dem Aufruf »Entscheidungen können nicht länger aufgeschoben werden« und »wir schlagen ein großzügiges Programm »Lernen und Helfen in Übersee« vor«.

Am 20.06.1962 behandelte der »Ausschuß für Entwicklungshilfe« (später »Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit« AWZ, nach dem Titel des neuen Bundesministeriums) des Bundestages das ihm vorgelegte » Sozial-, Ausbildungs- und Bildungsprogramm« des BMZ und die darin vorgesehene Bildung eines »Entwicklungsdienstes Lernen und Helfen in Übersee«. Der Plan wurde einstimmig angenommen. Deutlich wird die Konzeption vor allem im 4. Entwurf für die Arbeit des DED vom 06.12.1962 aus dem BMZ. Er zeigt die enge Begrenzung auf wenige Aspekte der damaligen Technischen Zusammenarbeit im Bildungsbereich:

- Wissen, Können und Verhalten den Erfordernissen des modernen Lebens und insbesondere der Wirtschafts- und Arbeitsweisen industrialisierter Gesellschaften anzupassen.
- Dafür eine größere Zahl qualifizierter und gut vorbereiteter deutscher Fachkräfte zu gewinnen, die
- unter Verzicht auf besondere finanzielle und berufliche Vergünstigungen in Entwicklungsländern einen nützlichen Dienst zu leisten bereit sind.

Daneben wird erwähnt, daß dabei die Entwicklungshelfer auch Erfahrungen sammeln und persönliche Kontakte zur einheimischen Bevölkerung gewinnen sollen (auf die außenpolitische Wirkung wird dabei hingewiesen).

Die Entwicklungshelfer sollten nach Ansicht des BMZ vor allem als »Fachhelfer« in Ausbildungsstätten der Technischen Zusammenarbeit eingesetzt werden, außerdem als »Voluntäre« in Projekten (Ausbildungsstätten) deutscher Firmen. Außerdem wur-

de auch an kurzfristigen Praktika für deutsche Studenten gedacht, wie sie später im »ASA-Programm« mit dem ISSF gefördert wurden.

Die ersten Beamten und Angestellten im BMZ dachten also in den üblichen Projektüberlegungen, die sich in den Jahren von 1953 bis 1961 ergeben hatten, vor allem im Auswärtigen Amt unter dem damaligen Legationsrat Dumke sowie im Bundeswirtschafts- und im Bundesarbeitsministerium. Hier sahen sie den Personalbedarf und nur hierfür sollte der kommende DED gebraucht werden.

Die letzten Monate des Jahres 1962 vergingen mit hektischen Sitzungen des Gesprächskreises, den ersten Berichten von Hübner und Wilpert vom Peace Corps und Vorgesprächen im BMZ. Der Arbeitsausschuß des Gesprächskreises hatte mit Staatssekretär Prof. Dr. Vialon im BMZ, der das Ganze zur Chefsache erklärt hatte, abgesprochen, in seinem Arbeitszimmer am Freitag, dem 21.12.1962 den »Entwicklungsdienst Lernen und Helfen in Übersee« zu gründen, wie dies im nächsten Kapitel beschrieben wird. Nachdem dies geschehen war, wurde die zweite Mitgliederversammlung auf den 08.02.1963 nachmittags vom neuen Vorsitzenden, Herrn Haubrich (AGEH) einberufen. Am Vormittag des gleichen Tages fand die letzte Mitgliederversammlung des Gesprächskreises unter der Leitung von Funke im Siebengebirgszimmer der Beethovenhalle statt und beschloß die Auflösung, die sich aus der Gründung am 21.12.1962 logisch ergab.



## 6. Weitere Weichenstellungen:

### Das Gründungsjahr 1963

An der ersten Mitglieder- und Gründungsversammlung im BMZ am 21.12.1962 nahmen fast alle Mitglieder des Arbeitsausschusses des Gesprächskreises teil. Als Vorsitzender wurde Herr Haubrich von der AGEH gewählt, die in den kommenden Jahren von den acht Vorsitzenden des Arbeitskreises vier mal diesen Posten besetzte. Stellvertreter wurden Esche und Dr. Molt.

Bereits bei der 2. Mitgliederversammlung am 08.02.1963 wurde der Antrag von Walter Conring (DÜ) angenommen, Name und Rechtsform nach drei Monaten auf der nächsten Versammlung am 03.05.1963 zu überprüfen und den Vorstand dann neu zu wählen.

Die Mitglieder des alten Gesprächskreises hatten also die Absprachen mit dem BMZ sehr vorsichtig aufgenommen, obwohl die Gesprächspartner im zuständigen BMZ-Referat Böll und Kirschstein aus NRO's kamen und ebenso die provisorischen Geschäftsführer des DED, Osner und Dr. Schuster, sowie der aus der Wirtschaft kommende Leiter der DED-Planungsgruppe Dr. Billerbeck. Alle Vertreter des BMZ mußten aber die Spielregeln des Staates einhalten, in die der neue »Mandatar« der Bundesregierung, der DED nun eingebunden wurde.

Vom 04.02.–15.03.1963 tagte eine »Planungsgruppe« für den DED in Bonn fast ununterbrochen. Unter Leitung von Dr. Billerbeck und Dr. Baumgärtner (BMZ) nahmen als Sachverständige die Herrn Berkey, Danckwortt, Hübner, Jörges, Wilpert und Wohlleben daran teil. Die Ergebnisse wurden auf einem Seminar vom 22.–23.03.1963 in Andernach den LHÜ-Mitgliedern vorgestellt und diese dabei mit einem fertigen Gesellschaftsvertrag für eine zu gründende GmbH konfrontiert. In dem Verwaltungsrat- damals Kuratorium genannt- sollte jeder Gesellschafter fünf Sitze haben, als 11. Mitglied sollte ein »neutraler Vorsitzender« aus der Wirtschaft, Herr Dr. Casper, fungieren. Von dem Gedanken eines »Dienstes der Dienste«, unabhängig von der Regierung, mußten die LHÜ-Mitglieder Abschied nehmen. Für die Dramatik dieser Situation spricht, daß der Vorsitzende Haubrich daraufhin zurücktrat.

Auf der dritten LHÜ-Mitgliederversammlung am 03.05.1963 wurde deshalb erneut Herr Funke zum Vorsitzenden gewählt, der Vorstand zählte jetzt neun Mitglieder, um alle Gruppierungen abzudecken. Ein Antrag auf Auflösung des Vereins wegen der unakzeptablen Struktur des künftigen DED wurde abgelehnt und die erforderlichen Mitglieder für den Verwaltungsrat gewählt. Die Mitglieder hatten verstanden, daß der Mehrheitsgesellschafter mit der vollständigen Finanzierung des DED aus Steuergeldern die Politik bestimmen würde. Abgefunden mit dieser Situation haben sich aber einige Mitglieder bis heute nicht, und das Thema des eigenen Einflusses im Verwaltungsrat des DED sollte ab jetzt ständig auf der Tagesordnung der LHÜ-Mitgliederversammlung bleiben.

Immerhin hatten es die ersten drei Geschäftsführer des LHÜ im Jahre 1963, W. Ramroth und K. Berkey sowie danach Dr. Rudolf Scholz (ab 01.04.63) geschafft, ein Büro (in der Sürst 4) zu finden und einen ersten Bankkredit aufzunehmen, da der versprochene Zuschuß des BMZ sehr spät eintraf. Die Arbeit stand unter erheblichen Zeitdruck, denn das Auswärtige Amt hatte bekanntgegeben, daß der fertige DED im Juni 1963 Präsident Kennedy bei seinem Besuch in Bonn vorgestellt werden sollte. Am 06.04.1963 wurde Axel Freiherr von dem Bussche, Legationsrat aus dem Auswärtigen Amt und zwischenzeitlich Leiter der Heimschule Schloß Salem, als Geschäftsführer des DED eingestellt und nahm seitdem mehrfach an den Mitgliederversammlungen von LHÜ teil. Die Vorstellung mit Präsident Kennedy im Haus des Bundestagspräsidenten war unter Anwesenheit vieler LHÜ-Mitglieder allerdings eine Farce, da ja noch kein DED-Entwicklungshelfer ausgereist war und Übersee-Erfahrung nur die privaten Dienste vorweisen konnten. Trotzdem fühlten sich die Vorsitzenden Dr. Casper (DED) und J. Funke (LHÜ) durch die Feierstunde sicher geehrt.

Die 4. Mitgliederversammlung am 19.06.1963 beschloß die Neufassung der Satzung des Arbeitskreises und den endgültigen Namen »Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee« e.V. Mit dem Namen war damit auch die Hoffnung, als »Entwicklungsdienst Lernen und Helfen in Übersee« selbst Träger des DED werden zu können, aufgegeben. Man fügte sich in die Rolle des Minderheitsgesellschafters, denn bei einer Verweigerung hätte die Bundesregierung sicher an-





**46** dere Partner in der Gesellschafterversammlung gefunden und auf die Dienste verzichten können; ein solches Szenario wäre durchaus denkbar gewesen und so bestand 1963 immer noch die Hoffnung, durch eine starke Vertretung im DED-Verwaltungsrat das Profil des neuen DED mit prägen zu können.

Auf der 4. Mitgliederversammlung wurden für den Verwaltungsrat des DED fünf LHÜ-Vertreter gewählt, und dies teils personenbezogen, teils aber auch aus politischen Überlegungen:

- Dr. Schmauch für die katholische Kirche
- Herr Stratenwerth für die evangelische Kirche
- Herr Reinhold für die Ebert-Stiftung
- Herr Molt für die Adenauer-Stiftung
- Herr Esche für die DSE.

Die Kirchen ließen sich später durch die Dienste AGEH und Dü vertreten, waren aber nach einem ungeschriebenen Gesetz immer beteiligt. Auch für die DSE, vertreten durch Herrn Esche und später Herrn Dr. Oldenbruch und die CDG, vertreten durch Herrn Pakleppa, galt dies für viele Jahre, während die politischen Stiftungen sich später aus der aktiven Mitarbeit zurückzogen.

Bevor die ersten Entwicklungshelfer des DED im Januar ausreisten, war LHÜ intensiv an der Vorbereitung und Programmplanung beteiligt, hielt mit den Abteilungsleitern und der Geschäftsführung des DED mehrere Klausurtagungen ab und beteiligte sich bei der Projektsuche und Auswahl. Solange der DED seine Zentrale in Bad Godesberg hatte, blieb dieser Kontakt eng; nach dem Umzug nach Berlin 1977 war er nur noch auf die wichtigsten Sitzungen beschränkt. Nach einem erneuten Umzug nach Bonn in den kommenden Jahren mag sich dieser Kontakt wieder verstärken.

Zwei Versuche zur Intensivierung der Zusammenarbeit von LHÜ scheiterten. Der erste bestand im Plan, ein Netz von lokalen sogenannten »Vertrauensleuten« aufzubauen und für den DED die Werbungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu übernehmen. Eine erste Tagung mit 39 Mitarbeitern der vorhandenen Dienste am 09.–10.07.65 zeigte bereits die Probleme: Es fehlte an Haushaltsmitteln für die örtliche Arbeit und an Kapazität in der Geschäftsstelle, ein solches Netz zu betreuen und aufzubauen. Später wurde versucht, diese

Aufgabe den Landesstellen der CDG anzuvertrauen, aber auch dies erwies sich als nicht lebensfähig. Der DED war auch bemüht, diese Rekrutierungs- und Öffentlichkeitsarbeit selber zu übernehmen. Als er 1977 nach Berlin umzog, wurde das verbleibende Bonner Büro mit einer flächendeckenden Kontakt- und Werbearbeit in allen Bundesländern betreut. LHÜ wirkte nur noch am Rande, z. B. durch Ausstellungsstände auf Messen und durch seine Beratungsstelle in diesem Bereich.

Ein zweiter Versuch war die Schaffung eines Kuratoriums von LHÜ zur Mobilisierung der Kontakte in der Öffentlichkeit und Einbeziehung von Bundestagsabgeordneten und auch der Privatwirtschaft. Am 11.04.64 und 18.02.65 fanden die ersten Sitzungen des neuen Kuratoriums unter Vorsitz des Bundesministers Lücke und des Abgeordneten Kalbitzer (SPD) statt. Es folgten noch zwei weitere Sitzungen am 25.11.65 und 24.05.66. Dann war das Interesse der Kuratoriumsmitglieder erschöpft und der Beratungsbedarf wurde voll vom Verwaltungsrat des DED abgedeckt, der sich 1966 auf 17 Mitglieder erweiterte.

Einen guten Überblick über das Gründungsjahr 1963 gibt die Aufsatzsammlung im Juli-Heft der Zeitschrift »deutsche Jugend« des Juventa-Verlages in München mit folgenden Beiträge:

- Wolfgang Rieger: Die ersten Ansätze ( Seite 211–216)
- R. Sargent Shriver: Das amerikanische Friedenscorps (Seite 302–305)
- Axel Freiherr von der Bussche: Die Position des DED (Seite 306–310)
- Klaus Berkey: Die private Organisationen und der DED (Seite 315–319)



## 7. Die Kapazität der Mitgliedschaft von LHÜ

Die Tätigkeit einer Dachorganisation wie LHÜ wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, die Stärke seiner Finanzbasis und seiner Geschäftsstelle, wie der politische Gestaltungsraum und die inhaltlichen Herausforderungen sowie vor allem die Kapazität und Stärke der in der Organisation versammelten Mitglieder.

Im Kapitel 5 wurde dargestellt, wie vielseitig die Mitgliedschaft des Gesprächskreises war, die dann auch reibungslos in den 1962 gegründeten Arbeitskreis übernommen wurde. Den Kern bildeten die Langzeitdienste, die im späteren Entwicklungshelfergesetz auch staatlich anerkannt und gefördert wurden, in LHÜ eine Arbeitsgruppe bildeten und schließlich einen eigenen Verein, die »Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste« e. V. (AGdD). Sie bestimmen durch ihre Mitarbeit im DED-Verwaltungsrat auch weitgehend die Politik des LHÜ gegenüber dem DED.

Die zweitwichtigste und aktive Gruppe von Mitglieder kam aus dem Kreis der anderen Trägerorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere der CDG und DSE, aber auch zeitweise die politischen Stiftungen. Sie versuchten immer wieder, die Arbeit von LHÜ mit der übrigen entwicklungspolitischen Debatte in Deutschland in Verbindung zu bringen und einer isolierten Betrachtung der Freiwilligendienste entgegenzutreten; von den kirchlichen Hilfswerken wurden sie dabei unterstützt. Ausgesprochen negativ war es, daß sich die GAWI und spätere GTZ aus dem LHÜ-Verband herauslösten und mit ihrem Anspruch, solche »Junior-Experten« besser bei sich anzusiedeln eher in eine Oppositionsrolle kamen und den Dialog über die deutsche Entwicklungspolitik lieber alleine bestimmten, wobei ihnen ihre starke Position gegenüber dem BMZ half, um dort viel ernster genommen zu werden als LHÜ. Gegenüber den Langzeitdiensten der ersten Gruppe war diese Zweite auf einzelnen Personen mit großem Engagement wie Dr. Oldenbruch oder Pakleppa angewiesen, wurden aber von ihren Organisationen nach dem Tod von J. Funke wenig unterstützt, weil diese LHÜ als Partner nicht ernst nahmen.

Die dritte und letzte Gruppe waren Mitglieder von LHÜ, die aus dem bildungs- und friedenspolitischen Bereich kamen wie der Bundesjugendring, der Deutsche Volkshochschulverband, EIRENE

oder die AGDF. Sie vertraten insbesondere den Bereich des »Lernens« bei LHÜ und der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland und waren, wie auch der WUS die politischen Motoren innerhalb des LHÜ in dem Sinne, daß sie über die Entwicklungspolitik hinausblickten und die Verzahnung mit anderen Politikbereichen immer wieder in die Debatte brachten. Sie knüpften damit an die Entstehungsmotive des Gesprächskreises aus 1961 an und stritten gegen die einseitige Ausrichtung der LHÜ-Arbeit auf den DED, ohne jedoch die engen Bewegungsmöglichkeiten finanzieller und struktureller Art zu berücksichtigen, so daß ihre Vorschläge oft utopischen Charakter hatten. Auch bei ihnen bestand die Schwäche, daß ihre Vertreter bei LHÜ oft in ihren eigenen Verbänden wenig Interesse fanden und deren Kapazität nicht oder nur begrenzt für LHÜ nutzen konnten.

Auch die Kurzzeitdienste wie IJGD gehören zu dieser Gruppe, zogen sich aber immer mehr aus der LHÜ-Arbeit zurück, weil sie sich mit ihren »Programmführenden Zentralstellen« in der Trägerkonferenz des Bundesjugendplanes mit dem Bundesjugendministerium eine eigene Struktur geschaffen hatten, von der sie auch ihre Finanzen bezogen und deshalb an LHÜ nur noch begrenzt interessiert waren. Nur wenige »Verbindungspersonen« wie Ulrich Frey hielten den Kontakt aufrecht, insbesondere über die Initiativen des Europarates und der europäischen Jugendprogramme.

Ausgeschieden waren nach 1963 die früheren Mitglieder des Gesprächskreises wie die Studentenverbände VDS, ISSF etc. die an Entwicklungsdiensten kein Interesse mehr hatten oder durch das ASA-Kurzzeitprogramm (der CDG) befriedigt wurden. Ausgeschieden waren auch die Wirtschaftsverbände, die J. Funke noch zu einer Gastrolle im Gesprächskreis motiviert hatte, die aber nach der Gründung des DED lieber mit den einzelnen Diensten direkt zusammenarbeiteten und sich von LHÜ nichts mehr versprachen.

Eine Verstärkung erhielt LHÜ hingegen durch den Beitritt der größten Vereinigung von Rückkehrern aus Entwicklungsdiensten VEHEMENT mit seiner Kapazität für die Inlandsarbeit mit entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Nicht berücksichtigt wurde das Entstehen eines kräftigen Senioren-Verbandes, der 1982 gegründet, heute schon über 1.000 Freiwillige zählt. Sowohl bei den Rückkehrern wie bei der Einbezie-



50 hung der Seniorendienste liegen für LHÜ wichtige Zukunftsaufgaben.

Die Ausdehnung der Mitgliedschaft auf Organisationen in den neuen Bundesländern nach 1990 war beabsichtigt, aber weitgehend erfolglos. Die »Gesellschaft für Solidarische Entwicklungszusammenarbeit« (GSE) war nur kurz dabei, dann fehlte einfach das Reisegeld, um an den Sitzungen in Bonn teilzunehmen. Nur der DED selbst hält diese Kontakte und bezieht die neuen Bundesländer ebenso wie die kirchlichen Dienste über ihre Strukturen dort in seine Arbeit ein.

In der 32-jährigen Geschichte von LHÜ sind mehrfach Versuche unternommen worden, die Mitgliederstruktur zu verändern, insbesondere auf der 28. Mitgliederversammlung am 17.03.86, als Herr Sollich vorschlug, drei Mitgliederkategorien zu schaffen: Den engen Kreis der Langzeitdienste, eine »zweite Kammer« für die Kurzzeitdienste und schließlich einen Förderkreis für die sonstigen Mitglieder. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Herr Sollich zog daraufhin seinen Antrag zurück.

Für LHÜ ist deshalb in der Zukunft die Frage entscheidend, ob man bei den bisherigen Satzungszielen bleibt und zu deren Realisierung eine Kampagne zur Ausweitung der Mitgliedschaft betreibt, oder ob man sich, wie die Vorprüfstelle des BMZ kürzlich fragte, nur noch auf die Vertretung privater Träger in der DED GmbH nach Artikel 2f der Satzung beschränken will. Wenn die Erweiterung der Mitgliedschaft gewollt wird, dann muß dies allerdings mit dem BMZ als Geldgeber abgestimmt werden, damit dessen Leitung die Logik eines umfassenden Dienstgedankens politisch bestätigt, was wiederum eine Abstimmung mit dem Bundesjugendministerium erfordert. Erfolgt diese Abstimmung nicht, so sind weitere Kritiken der finanziellen Prüfungsorgane vorprogrammiert: Die Ausgabe der Steuergelder für LHÜ muß »im direkten Bundesinteresse liegen«, und » die Förderungswürdigkeit« durch eine politische Aussage des Ministers bestätigt sein. Welche Aufgabenbereiche das im einzelnen betrifft, soll im kommenden Abschnitt dargestellt werden.

## 8. Das Aufgabenverhältnis des Arbeitskreises

51

Die Mitverantwortung von LHÜ im DED-Verwaltungsrat ist nur ein formaler Aspekt der Tätigkeit. Vorher muß gefragt werden, was der Arbeitskreis an Zielen erreichen will und zwar innerhalb des DED und über ihn hinaus.

Dazu muß zuerst die Zwecksetzung in § 2 der Satzung dargestellt werden: Die Aufgabe ist es (verkürzt)

- a) für Entwicklungsdienste zu werben und sie durch die Mitgliedsorganisationen zu fördern,
- b) den Gedanken des Entwicklungsdienstes als Form eines umfassenden Sozial- und Friedensdienst zu entwickeln,
- c) die deutsche Gesellschaft dafür zu mobilisieren,
- d) die Mitwirkung ehemaliger Entwicklungshelfer zu sichern,
- e) die internationale Zusammenarbeit mit ähnlichen Einrichtungen zu fördern,
- f) als Gesellschafter den DED mitzutragen,
- g) die Bundesregierung und sonstige Stellen zu beraten.

Für die Operationalisierung dieser Satzungszwecke bedarf es in Zukunft eines konkreten Plans und deshalb sollen die einzelnen Aufgaben wie folgt untersucht werden.

### *Werbung und Förderung für Entwicklungsdienste*

Mit diesem Satzungszweck haben die Gründer die gemeinsamen Interessen der Langzeitdienste gemeint und diese haben inzwischen und dem Dach von LHÜ einen eigenen Verein, die AGdD gegründet. Da die staatlich anerkannten Dienste öffentlich nach dem Entwicklungshelfergesetz gefördert werden, besteht bei diesem Satzungszweck Übereinstimmung mit dem BMZ. Neben dem Werbeausschuß von LHÜ behandelt die AGdD alle Aspekte der Förderung von Planung und Evaluierung bis zur Förderung einheimischer Partner und sozialer Sicherung der deutschen Entwicklungshelfer. Innerhalb der AGdD läßt sich leicht ein konkreter Aufgabenkatalog für die nächsten Jahre, insbesondere bei der Novellierung des Entwicklungshelfergesetzes erstellen und Arbeits- und Zeitpläne ausarbeiten.



Da der Satzungszweck f) die besondere Tätigkeit für den DED betrifft, muß deutlich gemacht werden, welche an Aufgaben DED-spezifisch sind und dort darzustellen, und was in diesem ersten Satzungszweck für alle Dienste gilt. Da sie sehr unterschiedlich in der Struktur sind, muß der Aufgabenkatalog differenziert sein und die unterschiedlichen Förderungsbedürfnisse beachten, soweit sie nicht schon durch das Entwicklungshelfergesetz befriedigend erfüllt werden.

### *Entwicklungsdienst als Forum eines umfassenden Sozial- und Friedensdienstes*

Dieses Satzungsziel b) ist zusammen mit der gesellschaftspolitischen Mobilisierungsaufgabe des Satzungszweckes c) der eigentliche problematische Teil der LHÜ-Aufgaben. Alles andere ist mit der Bundesregierung nicht strittig und von dort her finanziell voll »förderungswürdig«, aber ein umfassender Friedensdienst ist von der Regierung nie gefordert worden. Nur im Rahmen der Debatte um die Wehrpflicht und Wehrgerechtigkeit haben einzelne Politiker sich dazu geäußert. Hier liegt also Klärungsbedarf.

Auch wenn es in der Satzung nur heißt, daß der Gedanke des Entwicklungsdienstes als Form eines umfassenden Sozial- und Friedensdienstes weiter zu entwickeln ist, stand diese Aufgabe gemeinsamen Nachdenkens oft im Mittelpunkt der Diskussionen im Arbeitskreis. Höhepunkt war die Mitgliederbefragung am 11.10.1971 über die »gesamtgesellschaftlichen Aufgabe« von Freiwilligendiensten verbunden mit einer Neugliederung der Mitgliederverbände bzw. einer Ergänzung der Mitgliedschaft zu diesem Zweck. Am 12.11.1971 hatte die Mitgliederversammlung daraufhin zwei Gutachten in Auftrag gegeben, die dann im Oktober 1972 als »Standortbestimmung« von Dr. Klaus Lefringhausen mit einer Auseinandersetzung zu den Begriffen des sozialen Lernens, des gesellschaftlichen Engagements und des sozialen Verhaltens in einer lebendigen Demokratie sowie von Harald Hottel zur »Aufgabe der Friedenspädagogik« und den Bereich des »Lernens« im Namen des Arbeitskreises neuen Stoff zur Diskussion gaben. Besonders Hottel fragte in seiner Stellungnahme, ob Entwicklungspolitik die einzige Klammer für die Aufgaben des Arbeitskreises und der Name »in Übersee« noch zu vertreten sei, weil die Lernfelder für Freiwillige auch

Inland zu suchen seien; er schlug als inhaltliche Orientierung die Aufgabe der Friedenspädagogik vor und empfahl dazu ständige Ausschüsse, Fachgespräche und eine eigene Zeitschrift. Diese Diskussion wurde in Zukunft dann vor allem innerhalb der Kurzzeit- und Gemeinschaftsdienste fortgesetzt, während die Langzeitdienste sich überwiegend mit entwicklungspolitischen Fragestellungen und den Programmen in Übersee befaßten und die Frage eines Inlanddienstes erst in zweiter Linie behandelten. Dies wird auch deutlich in der ersten größeren Stellungnahme für den Bundestagsausschuß (AWZ), der am 06.05.1981 eine Anhörung durchführte und für den der Arbeitskreis eine ausführliche entwicklungspolitische Ausarbeitung vorlegte, welche heute noch moderne und aktuelle Forderungen enthält und eine beachtliche kritische Sachkenntnis zeigt.

Das Gutachten von Hottel von 1972 wurde 1973–1975 in mehreren Seminarreihen eines »Training für Friedensarbeit« mit dem Freundschaftsheim in Bückeburg, der Friedenswoche in Minden und dem Friedenspädagogikzentrum in Tübingen umgesetzt und dafür vom Bundesjugendplan Mittel beantragt, die aber dann wohl direkt an die Träger gingen.

LHÜ hat immer betont, daß es einen nationalen Pflichtdienst – etwa an der Stelle des Zivildienstes für wehrpflichtige Männer – ablehnt und dafür einen Ausbau vorhandener privater Dienste für wünschenswert hält. Bis auf wenige Äußerungen auf LHÜ-Fachgesprächen aber fehlt dazu jede Konkretisierung und Operationalisierung dieses Zieles. Entsprechend fehlt es für den Satzungszweck c) auch an einer Öffentlichkeitsarbeit, um für diesen Gedanken gesellschaftliche Kräfte zu mobilisieren. Außer beim »Bund für soziale Verteidigung« in Minden, – der aber LHÜ nicht angehört – mit seinem Projekt eines »Zivilen Friedensdienstes« (ZFD) und einem geschätzten Etat von 25 Millionen DM pro Jahr gibt es keine konkreten Berechnungen und der ZFD wird von mehreren LHÜ-Mitgliedern wegen seines Umfangs und seiner Struktur als überzogen und unrealistisch abgelehnt, wie vor allem die AGDF in einer Stellungnahme dargestellt hat.

LHÜ wird also nicht darum herumkommen, dieses Satzungsziel in nächster Zeit genauer zu beschreiben. Vor allem muß der im Kapitel 3 definierte Begriff des Freiwilligendienstes erneut



**54** diskutiert werden. Welche Dienstarten fallen darunter und sollten neben den bisher anerkannten Sozialen-, Umwelt- und Katastrophenhilfe-Diensten in dieses Programm einbezogen werden? Gehören die freiwilligen Feuerwehren dazu und das Technische Hilfswerk, das Rote Kreuz und die Dienste in den anderen Wohlfahrtsverbänden? Ist der Langzeitdienst von zwei Jahren analog dem Wehrdienst das Ideal, oder gibt es nicht bereits andere anerkannte Teilzeit-Dienste oder Kombinationen von Kurzzeitdiensten?

LHÜ ist mit der Schwierigkeit konfrontiert, daß es für diese Frage kein politisches Interesse gibt. Die Debatte um ein Katastrophencorps geht in eine ganz andere Richtung und hat nicht zum Ziel, breite Teile der Bevölkerung einzubeziehen. Auch die jugendpolitischen Ideen, der jüngeren Generation mehr sinnvolle Gemeinschaftsaufgaben anzuvertrauen, wie sie von Schorlemmer bei seiner Rede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels dargestellt wurden, sind nicht politisch wichtig genug. Es kann sich also nur um eine Sachverständigenberatung im kleinen Kreis handeln, um LHÜ mit mehr Kenntnissen über die Möglichkeiten der Umsetzung dieses Satzungsziels auszustatten und eine daraus entstehende Konzeption in die zuständigen Bundestagsausschüsse einzubringen. Es ist allerdings auch möglich, daß wichtige LHÜ-Mitglieder bereits bei einer Sachverständigenanhörung auf einem LHÜ-Fachgespräch bekunden, daß sie an diesem Satzungsziel nicht mehr interessiert sind.

Schließlich lohnt sich ein internationaler Rundblick, ob in einem anderen Land hierzu eine Antwort zu finden ist. Der Ruf nach einem »national service« entstammt der Kennedy-Ära aus den USA und scheint sonst nur noch in den Schriften des deutschen Philosophen Prof. Dr. Rosenstock-Huessey aufzutauchen. Aber gerade Deutschland hat das Experiment eines nationalen Arbeitsdienstes unter Hitler hinter sich und könnte eher vor einer staatlichen Lösung warnen. Ob sich aber aus den bestehenden Freiwilligendienst mit ihren kleinen Zahlen ein größerer Strauß binden läßt, und ob es dafür eine zündende Idee gibt, bleibt eine offene Frage.

#### *Mitwirkung ehemaliger Entwicklungshelfer sichern*

Zu diesem Satzungszweck d) hat LHÜ mit Hilfe der Kübel-Stiftung ein »Rückkehrerprogramm« entwickelt, das heute von den Ent-

wicklungsdiensten und den Carl Duisberg Centren (CDC) getragen wird und eine Finanzierung aus dem BMZ erhält. Dazu kommen die Vorhaben der »Vereinigung Ehemaliger Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer – VEHEMENT e.V.«, die LHÜ als institutionelles Mitglied aufnahm und die im Vorstand für Rückkehrerfragen zuständig ist. Damit entfallen auch eigene größere LHÜ-Veranstaltungen wie sie z.B. vom 23.–26.05.1974 für 232 Rückkehrer im Haus International in München organisiert wurden; die genannte Tagung gab auch den Anstoß, am 01.10.1969 nach § 12 des Entwicklungshelfergesetzes das »Förderungswerk für zurückgekehrte Fachkräfte der Entwicklungsdienste« bei der Kübel-Stiftung einzurichten und mit der Arbeit einer »Kontakt- und Informationsstelle für Rückkehrer« (KIS) zu beginnen. Seit 1970 wurden mehrere Untersuchungen über Rückkehrer durchgeführt, die umfangreichste durch die Firma ISOPLAN in Saarbrücken 1980 (veröffentlicht im LHÜ-Informationsbrief Nr. 71 mit 170 Seiten)

Für Rückkehrerfragen waren im Laufe der Geschichte von LHÜ und auch der AGdD immer wieder Ausschüsse tätig, die sich um Reintegrationshilfen und um die Gewinnung der Rückkehrer für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland bemühten. Die aktivsten Rückkehrer arbeiten in den einzelnen Diensten, aus denen sie kommen direkt mit und sind auch in deren Leitungsgremien vertreten, so daß eine ausreichende Mitwirkungsmöglichkeit gesichert ist.

Da Mitwirkung nach dem Verständnis von LHÜ vorwiegend eine Beteiligung an der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit betrifft, hat LHÜ mehrfach eine stärkere Finanzierung dieses Bereichs durch das BMZ gefordert, vor allem eine Verstärkung der »Inlandsverträge« für Rückkehrer bei Bildungseinrichtungen. Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat aber bisher diese Investition in Bildungsbereiche auf kleiner Flamme gehalten, weil er Bildungsaufgaben für eine Ländersache hält. In den nächsten Jahren muß LHÜ hier aber am Ball bleiben und jede Chance einer politischen Meinungsäußerung zugunsten entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit nutzen.



### *Internationale Zusammenarbeit fördern*

Der Satzungszweck e) fordert eine kontinuierliche Zusammenarbeit der Mitglieder von LHÜ mit ähnlichen nationalen und internationalen Einrichtungen, insbesondere mit einheimischen Jugend- und Entwicklungsdiensten in Ländern der Dritten Welt.

Da es bei den einheimischen Diensten keine internationale Dachorganisation gibt, ist dies eine klare Aufgabe für die einzelnen Dienste, die Partnerbeziehungen haben. LHÜ als Dachorganisation kann dies nur durch Erfahrungsaustausch in Fachgesprächen fördern und hat dies auch in letzter Zeit mehrfach getan. Die größeren Dienste wie DED, AGEH oder DÜ führen zu diesem Zweck Regional-Konferenzen mit ihren Partnern in Übersee durch. Die Ergebnisse werden im Vorstand von LHÜ und auf der LHÜ-Mitgliederversammlung diskutiert. Da die Reisemittel begrenzt sind, werden in Zukunft elektronische Datennetze eine größere Bedeutung erlangen und LHÜ sollte deren Entwicklung zur Verbesserung der Nord-Süd-Kommunikation besonders beobachten.

Inhaltlich geht der Trend zu einer stärkeren Übertragung von Aufgaben und Zuständigkeiten an entsprechend starke Partner und einheimische Verbände bis zur Finanzierung ihrer Fachkräfte anstelle der Entsendung deutscher Entwicklungshelfer. Die bisher vom »Norden« dominierten Partnerbeziehungen können sich deshalb in den nächsten Jahren stufenweise verändern und LHÜ könnte hierbei eine wichtige konzeptionelle Rolle als Dachorganisation der Dienste übernehmen.

Auf der europäischen Ebene ist LHÜ im »FORUM« aktiv und auf internationaler hält LHÜ engen Kontakt zu den UNV, vor allem, wenn diese auch ihren Sitz in Bonn haben wird wie bereits das Europäische FORUM für den Entwicklungsdienst. Die Einzelheiten wurden in Kapitel 4 dargestellt.

Zu beachten ist, daß die kirchlichen Dienste ihre eigenen internationalen Dachorganisationen haben und die Dachverbände der Jugend- und Erwachsenenbildung wie DBJR und DVV ebenso. Auch die Kontakte der Friedensdienste, die bei der AGDF zusammengeschlossen sind, mit dem Coordination Committee bei der UNESCO und den Bemühungen um eine Förderung der Dienste in der europäischen Jugendpolitik von Brüssel und Straßburg können

hier für LHÜ nützlich sein, um die internationalen Beziehungen zu koordinieren und transparent zu machen.

Was bisher von LHÜ nicht realisiert wurde, ist, daß es bei den internationalen Beziehungen nicht nur um Entwicklungspolitik, sondern auch um Außenpolitik und insbesondere um die Gestaltung der auswärtigen Kulturpolitik geht. Die ersten Ansätze dazu Anfang der Sechziger Jahre durch Funke und Böll scheinen vergessen worden zu sein. Arbeitskontakte mit dem Deutschen Kulturrat und dem Goethe-Institut fehlen, und Entwicklungshelfer werden in Kulturprojekten des Auswärtigen Amtes und auch der GTZ nicht eingesetzt, obwohl öfter dargestellt wurde, daß der Kulturbereich von großer entwicklungspolitischer Bedeutung ist. Auch in deutschen Auslandsschulen sind keine Entwicklungshelfer eingesetzt, obwohl deren Berufsausbildungseinrichtungen in einigen Ländern einen hohen entwicklungspolitischen Stellenwert haben. LHÜ täte gut daran, diesen Bereich in einem seiner nächsten Fachgespräche untersuchen zu lassen und dabei auch von den umfangreichen Erfahrungen der UNESCO zu profitieren.

### *Den DED als Gesellschafter mittragen*

Der Satzungszweck f) steht zwar an vorletzter Stelle, hat aber in der Praxis über die Hälfte der Arbeitskapazität von LHÜ in Anspruch genommen, wie die Auswertung der Tagesordnungen und Protokolle der bisherigen 49 Mitgliederversammlungen ergibt.

Besonders 1975 ging es um die Neuorientierung des DED und die entsprechenden Beratungen im Verwaltungsrat nach mehrjähriger Vorarbeit durch den Arbeitskreis, die dann am 23.06.1980 in dem Beschluß zu »Allgemeinen Grundsätzen und Kriterien« mündeten. Im Dezember wurde über die Mitarbeit im DED folgende Tabelle der Aktivitäten des Arbeitskreises aufgestellt:

- Mitarbeit in der Gesellschafterversammlung
- Mitarbeit im Verwaltungsrat und seinen Ausschüssen
- Mitarbeit durch Beratung im Kommissionen zur Werbung, zur Rückkehrerarbeit u.a.
- Funktion als Beratungs- und Anmeldestelle nach § 22 EhfG
- Mitarbeit bei internationalen Dachorganisationen des DED wie RCIVS oder dem späteren Europäischen FORUM für den Entwicklungsdienst





- Mitarbeit beim Förderungswerk für die Rückkehrer
- Hilfestellung durch einzelne Mitgliedsorganisationen des Arbeitskreises

Wenn man insgesamt die Arbeitsstunden von Mitgliedern des Arbeitskreises zusammenzählt, die ehrenamtlich geleistet wurden, so sind dies mindestens 500 Arbeitstage pro Jahr. Würde man damit hauptamtliche Kräfte oder Gutachtfirmen beauftragt haben, so käme man auf eine Summe von 50.000 DM pro Jahr. Der Arbeitskreis hat seine »Valorisierung« seiner ehrenamtlichen Leistungen für die DED nie vorgenommen, aber in einer Gesamtrechnung der Aufwendungen des BMZ für den DED müßten sie eigentlich auf der Plus-Seite aufgezeigt werden.

Leider ergeben die Protokolle der Gesellschafterversammlungen und der Sitzungen des Verwaltungsrates des DED wenig Informationen über die Anträge und Beiträge der Vertreter von LHÜ. Auch die Berichte der Delegierten auf den Mitgliederversammlungen des LHÜ sind entweder sehr allgemein oder sehr punktuell nur auf ein Problem bezogen. Die Effektivität der Mitarbeit und das Ausmaß des Einflusses auf die Beschlüsse des Verwaltungsrates lassen sich daraus nicht ablesen. Es gibt keine Registrierung der Initiativen und keine Evaluierung, was aus ihnen jeweils geworden ist. Die Folge ist ein ständiger Selbstzweifel an der eigenen Rolle im DED. Hier könnte LHÜ durch ein verbessertes Berichtswesen seiner Verwaltungsratsmitglieder sicher in Zukunft eine Informationsgrundlage schaffen und seinen eigenen Einfluß und Beitrag besser abschätzen.

Die Mitglieder von LHÜ mußten im Laufe der Jahre auch erfahren, daß die Mitarbeiter des DED selbst die LHÜ-Rolle als unwichtig ansahen und sich ganz den Vorschriften des BMZ, des Auswärtigen Amtes und des Finanzministeriums ausgesetzt sahen. Es war und ist schwer, ihnen die Rolle von LHÜ und seine Bemühungen um ihre Interessen deutlich zu machen, da die Kommunikation zwischen Bonn und Berlin gering war und auch der »DED-Brief« wenig über LHÜ berichtete. Der Kampf um die Interessen der Entwicklungshelfer im Verwaltungsrat blieb weitgehend vertraulich und unbekannt.

Der Vorstand und Verwaltungsratsmitglieder des LHÜ wa-

ren deshalb alle Jahre sowohl den Vorurteilen in DED selbst wie auch der Kritik aus den Reihen der eigenen Mitglieder ausgesetzt und dies mußte zu einer fast ständigen Frustration führen, weil beide Seiten nicht davon überzeugt werden konnten, daß LHÜ den Satzungsauftrag f) ordnungsgemäß erfüllt.

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik hat in seinem Gutachten zu DED 1984 die LHÜ-Mitwirkung als »konstruktives Spannungsverhältnis« beschrieben. Die Einsicht, daß man sich in einer solchen Lage nur teilweise durchsetzen kann und sich immer wieder den Spielregeln der Bundesregierung und ihrer Haushaltsrichtlinien unterordnen muß, hat LHÜ von Anfang an weitgehend gefehlt, da auch nur wenige Mitglieder die Realitätserfahrungen im Verwaltungsrat machen konnten. Es wäre gut, wenn die Einschätzung der eigenen Möglichkeiten in Zukunft angesichts dieses Satzungszwecks nüchterner und realistischer werden könnte. Erschwert wurde eine solche pragmatische Konflikthaltung auch durch den freundlichen Umgang zwischen den beiden Seiten im Verwaltungsrat und den Harmonisierungsbemühungen der Vorsitzenden, die ihrerseits Konflikte abbauen wollten, aber dadurch wohl auch einer Pseudo-Harmonie das Wort geredet und die Brüche in der Konzeption zugekleistert haben.

In den Mitgliederversammlungen ist immer wieder versucht worden, die Ziele des »Mittragens« beim DED zu präzisieren, aber nur an wenigen Stellen in den Protokollen finden sich konkrete Aussagen über die im Verwaltungsrat zu verfolgenden Ziele. Oft handelte es sich auch nur um die Abwehr politischer Angriffe gegen den DED, der lange Jahre als linkslastig und aufmüpfig bei Politikern aller Fraktionen empfunden wurde. Es galt, die nötigen Leitlinien mit zu formulieren und die Partizipation der Entwicklungshelfer an den Entscheidungen im DED zu sichern. Viele Vorlagen und Protokolle widmen sich dieser kontinuierlichen Aufgabe; oft war es ein »Krisenmanagement«, und erst in den letzten Jahren ist es ruhiger geworden und die gefundenen Kompromisse scheinen sich zu bewähren. Dies ermöglicht aber jetzt, die Ziele von LHÜ im Verwaltungsrat für die kommenden Jahre zu formulieren und die Tätigkeit als »Mitträger« nach der Satzung auch einer Evaluierung zugänglich zu machen. Nach den letzten Untersuchungen lassen sich diese Ziele in folgenden Bereichen zusammenfassen:



1. Verbesserung der Partnerbeziehungen in den Einsatzländern, Trägerstrukturförderung für Partner,
2. Anpassung der Auswahl und Ausbildung der Helfer an das neue Anforderungsprofil,
3. Erprobung neuer Formen der Mitarbeit im Rahmen der Veränderung der Technischen Zusammenarbeit
4. Verstärkung der Nutzung der Erfahrungen der Rückkehrer in der entwicklungspolitischen Arbeit in Deutschland selbst – das Inlandsbein des DED

In diesen vier Bereichen müßten die Verwaltungsratsmitglieder von LHÜ ein mittelfristiges Programm konzipieren, die einzelnen Schritte und ihre Fristen festlegen und herausfinden, mit welchen Mitteln sie diese Ziele erreichen wollen. Dabei wird das nächste Ziel der Satzung besonders wichtig.

#### *Beratung der Bundesregierung und sonstiger Stellen*

Der Satzungszweck g) ergibt sich aus dem Gesellschaftsvertrag von 1992 und der Einsicht der Bundesregierung, daß sie für den Bereich der Freiwilligendienste nicht auf eigene Erfahrungen – etwa einer Bundesbehörde – zurückgreifen kann und deshalb des ständigen Rates der privaten Träger bedarf.

Nur die Realisierung ist dieser Einsicht nicht gefolgt. Einmal hat das BMZ sich Sachverständige aus den privaten Trägern bereits 1961 in sein Haus geholt und zu Beamten gemacht. Osner und Böll sind dafür Beispiele für viele andere. Es scheint, daß man damit seinen Beratungsbedarf weitgehend gedeckt hatte. Zum anderen hat sich LHÜ auf den Dialog mit Verwaltungsrat des DED konzentriert, wo ein ständiger Kontakt mit dem Vertretern des BMZ und anderer Ministerien gegeben ist. Daß es aber um mehr als nur den DED geht, ist in das Aufgabenverständnis des LHÜ-Mitglieder nicht recht eingegangen. Private Träger hatte ja lange Jahre Berührungängste gegenüber Behörden und Politikern und gingen einer Politikberatung gerne aus dem Weg. So wurden Beamte und Politiker nur selten zu LHÜ-Veranstaltungen als Gesprächspartner eingeladen und bei Anhörungen im Bundestag, sei es im Entwicklungsausschuß oder im Jugendausschuß war LHÜ nur selten präsent. Die Aufgabe wurde von anderen entwicklungspolitischen Organisationen

wie der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) oder dem Bensheimer Kreis, in letzter Zeit auch Germanwatch und W.E.E.D. oder der SID wahrgenommen, die sich auf diese Lobbyaufgaben spezialisierten. Erst in letzter Zeit haben einige LHÜ-Fachgespräche hier neu angesetzt, aber eine Konzeption für die Erfüllung dieses Satzungszwecks fehlt nach wie vor. Es gibt kein konsistentes Beratungsprogramm.

Auch ist in dem Satzungsziel neben der Bundesregierung von »anderen Stellen« die Rede und neben dem Bundestag kann es hier eigentlich nur um Institutionen gehen, die sich auch mit dem Thema Entwicklungsdienst beschäftigen wie etwa die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen mit ihrem »konkreten Friedensdienst« für Kurzzeitmaßnahmen. Solche Beratungen hat es in der LHÜ-Geschichte punktuell gegeben, auch waren einzelne Mitglieder daran intensiver beteiligt wie die AGDF auf europäischer Ebene, aber eine LHÜ-Konzeption fehlt dafür. Nur das LHÜ-Info versucht, solche Möglichkeiten der Mitberatung zu erkennen und zu melden, aber es verbleibt beim Vorstand, die entsprechenden Kontakte aufzunehmen und den Beratungsbedarf festzustellen.





### 9. Mögliche Zukunftsaufgaben und Entwicklungen

Neben den traditionellen Aufgaben von LHÜ, die sich aus der Satzung ergeben, welche LHÜ ernster nehmen sollte als bisher, müssen am Schluß in diesem Abschnitt noch mögliche Zukunftsentwicklungen identifiziert werden, die LHÜ betreffen können.

Dazu gehört zuerst einmal das Bemühen, um ein einheitliches Freiwilligengesetz, das die verschiedenen Dienste, für die es Gesetzesgrundlagen in Deutschland gibt, von ihren Widersprüchen und Ungerechtigkeiten in der Behandlung von Freiwilligen befreit. Hierum hat sich bisher nur die AGDF als LHÜ-Mitglied bemüht, ohne daß die bisherigen Mitgliederversammlungen daran größeres Interesse gezeigt haben. Dies kann auch in Zusammenhang mit dem Bedarf gesehen werden, das Entwicklungshelfergesetz zu novellieren. Da in der Bundesregierung beide Bereiche von unterschiedlichen Ministerien bearbeitet werden, müßte eigentlich das Bundeskanzleramt an einer gemeinsamen Lösung arbeiten. Bisher scheint die Lösung noch nicht reif zu sein, aber LHÜ sollte diese Aufgabe intensiver als bisher beobachten und beraten.

Ein weiterer neuer Aufgabenbereich kann mit der Überschrift »Entwicklung im Norden« versehen werden und ergibt sich aus einer in der Agenda 21 der UN-Konferenz in Rio 1992 formulierten Einsicht, daß die Menschen »im Norden« ihren Lebensstil ändern müssen, wenn sie überleben sollen. Da hierzu Zwangsmaßnahmen wenig geeignet sind, steht einer Mobilisierung von Freiwilligkeit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, und zwar alle Segmente der Gesellschaft betreffend, von der Jugend bis zu den Senioren und von den Kirchen bis zu den Firmen und Verbänden der Privatwirtschaft. Freiwilligendienste müssen sich darauf vorbereiten, daß es Entwicklungsprojekte auch im eigenen Lande geben wird und sie zur Mitarbeit daran aufgerufen werden. Erste kleine Ansätze gibt es dafür schon, etwa beim Weltfriedensdienst oder EIRENE.

Ein dritter Bereich ergibt sich nach dem Ende des kalten Krieges mit den neuen Entwicklungsaufgaben in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Der »Senior Experten Service« (SES) hat hier bereits einen Schwerpunkt seiner Freiwilligenentsendung und auch die traditionellen Dienste sollten sich darauf einstellen, hier einen

großen Teil ihrer Entwicklungshelfer einzusetzen. Experten schätzen, daß wie beim SES mindestens ein Drittel der Helfer in Mittel- und Osteuropa eingesetzt werden. Dies wird die »Landschaft der Dienste« erheblich verändern.

Ein vierter Bereich ist die Zunahme der Katastrophen- und Notsituationen, auf die einige Dienste wie AGEH sich bereits mit eigenen Programmen einzustellen beginnen. Inzwischen wird überall die Ansicht geteilt, daß Nothilfe mit Entwicklungshilfe verbunden sein muß, daß dafür spezielles Personal und Einsatzformen benötigt werden. Es kann sein, daß dieser Bereich in wenigen Jahren auf ein Drittel aller Programme der Dienste anwachsen wird.



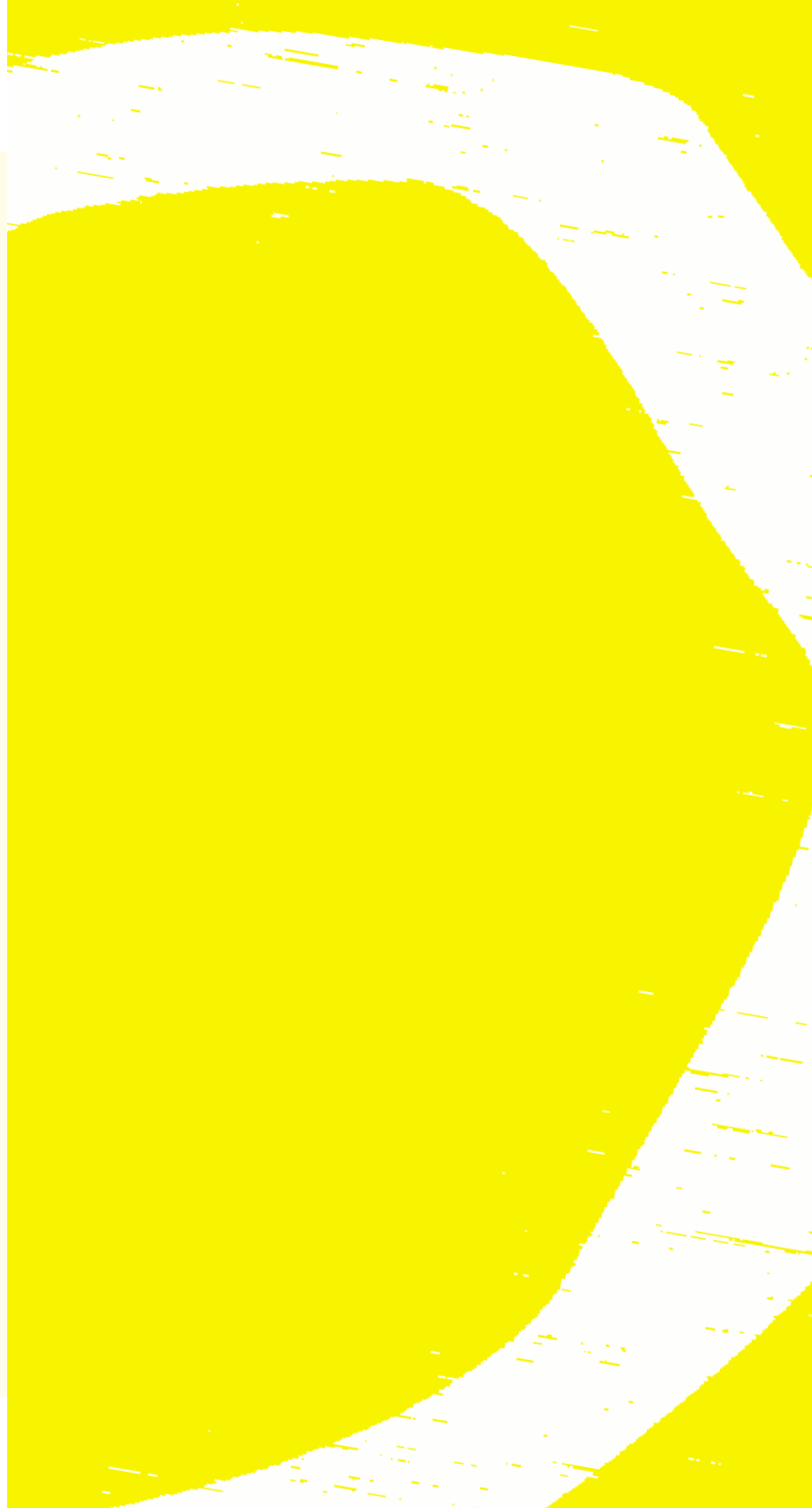
## 10. Realistische Einschätzungen der eigenen Möglichkeiten

Nach diese Bestandsaufnahme in zehn Kapiteln darf nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß LHÜ nun umzuorganisieren sei und einen neuen Anfang suchen müsse. Dies ist auf Mitgliederversammlungen schon mehrfach gefordert worden und hatte dabei immer die Gefahr, sich »auf Wolke 17« zu befinden.

Weder hat sich die Struktur von LHÜ als unfähig für die Aufgabenbewältigung erwiesen noch zwingen äußere Gründe zu einer sofortigen Wende. Es geht viel mehr darum, die eigene Satzung ernst zu nehmen und ihre Ziele besser als bisher in ein machbares Programm umzusetzen.

Die dazu hier gemachten Vorschläge sollten jeweils daraufhin geprüft werden, ob sie mit den bisherigen Mitteln und Kräften durchführbar sind und diese nicht überfordern. LHÜ hat schon mehrfach den Fehler gemacht, sich mehr vorzunehmen als machbar war. Das Ergebnis war meist Frustration und Unbehagen.

Die nach Meinung des Gutachters vordringlichen Aufgaben sind im Abschnitt 1 als Zusammenfassung der Ergebnisse dargestellt.





**Arbeitskreis »Lernen und Helfen  
in Übersee« e.V.**

Thomas-Mann-Straße 52

53111 Bonn

Telefon: (0228) 9 08 99 10

Telefax (0228) 9 08 99 11

Email: [aklhue@entwicklungsdienst.de](mailto:aklhue@entwicklungsdienst.de)

Internet: [www.entwicklungsdienst.de](http://www.entwicklungsdienst.de)